



ÖREK 2011
Ergebnispapier
AG I: Wirtschaftliche Entwicklung

1. Februar 2010

Auftraggeber:
Österreichische Raumordnungskonferenz

Bearbeitung: Christof Schremmer (ÖIR)



Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR)

A-1010 Wien, Franz-Josefs-Kai 27 | Telefon +43 1 533 87 47-0, Fax -66 | www.oir.at

Wien, Februar 2010 | ANr. 700319

INHALT

1.	Trends und Herausforderungen Wirtschaft	4
2.	Räumliche Implikationen der Wirtschaftsentwicklung	17
3.	Raumentwicklungspolitik/Handlungsanforderungen Wirtschaft	22
3.1	Übergeordnete Zielsetzungen/Strategische Antworten auf die Herausforderungen	22
3.2	Strategie und Handlungsfelder zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung in Österreich	26
3.3	Handlungsfeld regionale Innovationspolitik	28
3.4	Handlungsfeld endogene regionale Potenziale	33
3.5	Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung	38

Abbildungsverzeichnis

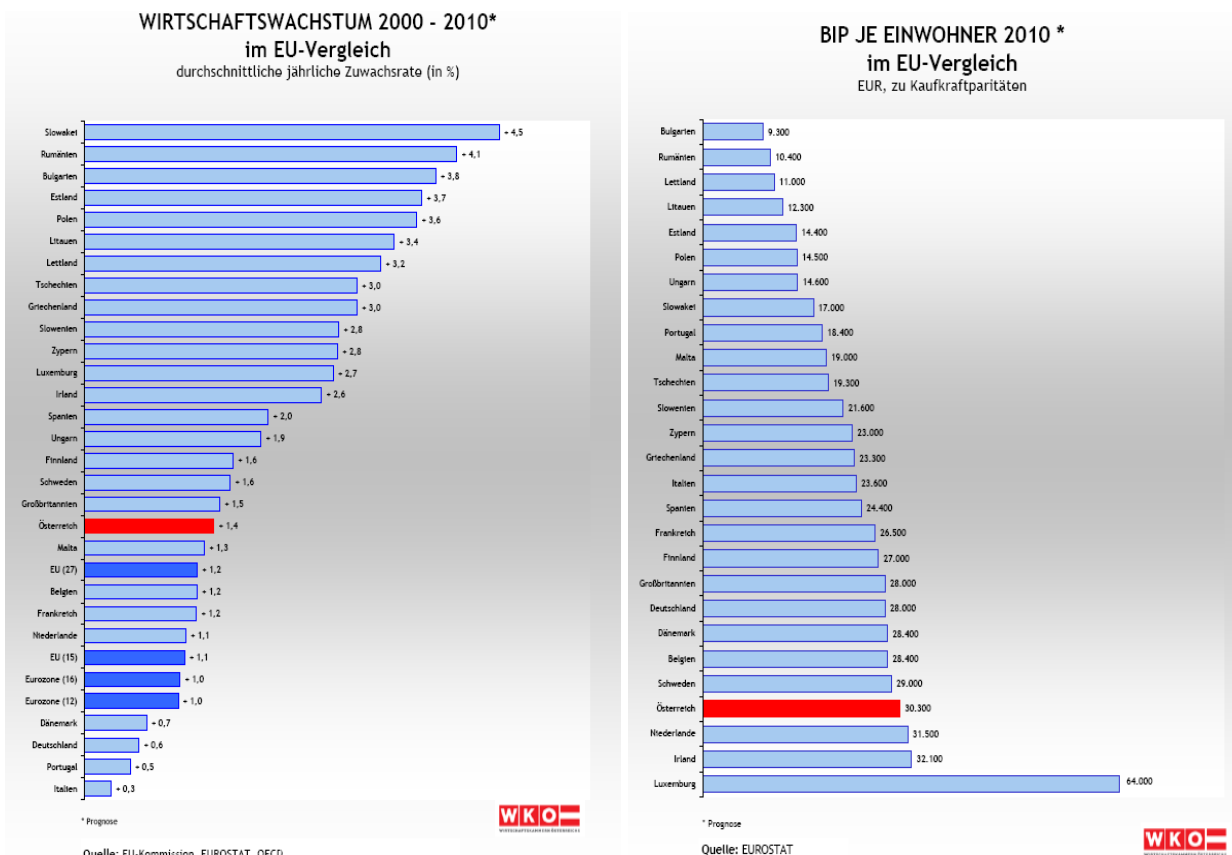
Abbildung 1	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Österreich 2000 –2010 im EU-Vergleich und BIP je Einwohner 2010 (nach Kaufkraftparitäten)	4
Abbildung 2	Veränderung des Energie-Bruttoinlandsverbrauchs 1995-2007 in Österreich im europäischen Vergleich	5
Abbildung 3	Anteile erneuerbarer Energiequellen am Endenergieverbrauch in Österreich 2007	6
Abbildung 4	Finanzierung der F&E-Ausgaben 1993-2009 in Österreich nach Sektoren	6
Abbildung 5	Langfristige Entwicklung Land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und der Beschäftigten 2004 – 2008	8
Abbildung 6	AK: Unselbstständig Beschäftigte 1995 -2006 nach Wirtschaftsbereichen; Veränderung in Prozent	8
Abbildung 7	Nächtigungsentwicklung nach Saisonen, 1995 – 2009	9
Abbildung 8	WIFO : Beschäftigungsprognose 2006-2012 für Österreich – Dienstleistungssektor im Vergleich zu Sachgütererzeugung und Bauwesen nach Bundesländern	10
Abbildung 9	Gesamtarbeitslosenquoten im europäischen Vergleich 2009 (Jahresdurchschnittsdaten)	10
Abbildung 10	Lage- und Wirtschaftsstruktur: Stärken und Schwächen städtischer und ländlicher Raum*) in Österreich	16
Abbildung 11	ÖROK-Szenarien 2030: Auswirkungen von Zukunftstrends in unterschiedlichen Raum-/Regionstypen	20
Abbildung 12	ÖROK-Szenarien 2030: Auswirkungen von unsicheren Zukunftstrends in unterschiedlichen Raum-/Regionstypen	21
Abbildung 13	Räumliches Schema: Wesentliche Standorträume und Wirtschaftsverflechtungen (funktionale Standorträume)	25

1. Trends und Herausforderungen Wirtschaft

Österreich gehört innerhalb der EU-27 zu den wirtschaftsstärksten Ländern, gemessen am Niveau der Wirtschaftsleistung pro EinwohnerIn. Für das kommende Jahr wird ein kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP/Kopf in KKS) von 30.300 Euro oder rd. 126% des EU27-Durchschnitts erwartet (Eurostat 2009). Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts lag dabei knapp über jener der Euro-Zone, die einen für Österreich maßgeblichen Vergleichsmaßstab darstellt, da hier eine Gruppe der wirtschaftsstarken und mit Österreich wirtschaftlich eng verflochtenen Ländern im Bereich der gemeinsamen Währung zusammengefasst ist (jährlich real +1,4% zu +1,0% in der Eurozone). Dieser Durchschnittswert ist durch die Einbeziehung der Rückgänge der Wirtschaftsleistung der Jahre 2008/09 gegenüber den Jahren davor deutlich gedämpft.

Das Bild zeigt aber auch, welche dramatischen Veränderungen in diesem Jahrzehnt vor sich gingen, vor allem in dem für Österreich unmittelbar relevanten Umfeld der neuen Mitgliedsstaaten, die – trotz der Einrechnung der Effekte der Wirtschaftskrise – einen großen Aufholprozess erlebt haben, mit Wachstumsraten, die an jene der Wirtschaftswunderzeiten der 1950er und 60er Jahre heranreichen oder sie übertreffen. Österreich hat – insbesondere durch die intensive Außenwirtschaftsverflechtung wesentlich zu diesem Boom beigetragen und davon auch große Vorteile gezogen.

Abbildung 1 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Österreich 2000 –2010 im EU-Vergleich und BIP je Einwohner 2010 (nach Kaufkraftparitäten)

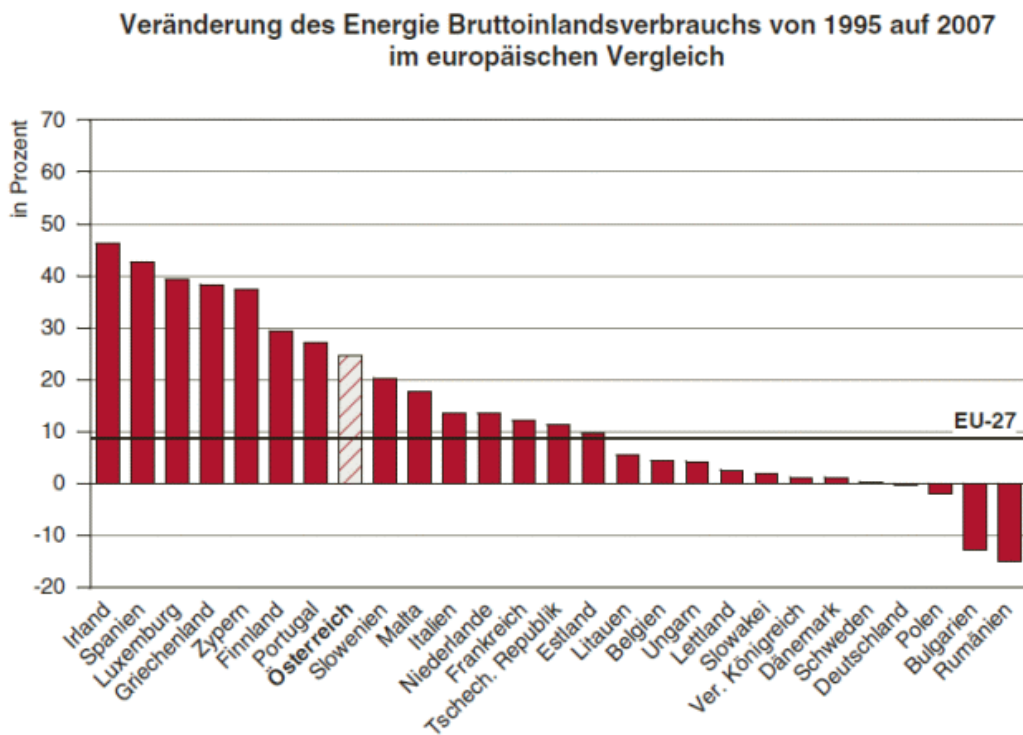


Quelle: Eurostat, EU-Kommission, OECD

Für eine kleine offene Volkswirtschaft wie die österreichische sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ausland von herausragender Bedeutung. Österreichs Außenhandelsverflechtungen wuchsen in den letzten Jahren rasch: Das traditionelle Außenhandelsdefizit konnte fast vollständig abgebaut werden, die Dienstleistungsbilanz ist positiv und die Zahlungsbilanz Österreichs seit dem Jahr 2002 kontinuierlich positiv. Dienstleistungen, wie bspw. der Banken- und Versicherungssektor, der EDV- und Informationsbereich und Telekommunikation machten dabei einen wesentlichen Anteil aus. Die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen, v.a. in Zentral- und Osteuropa, haben eine neue Position der österreichischen Wirtschaft in Europa erarbeitet, was allerdings – wie aktuell erkennbar – auch mit einigen Risiken verbunden ist.

Ein wesentlicher Bereich ist dabei im internationalen Vergleich weniger günstig verlaufen: Die längerfristige Entwicklung des Energieverbrauches ist sowohl in Hinblick auf die Erreichung der Kyoto-Ziele als auch in Hinblick auf die Außenabhängigkeit und das damit verbundene ökonomische Risiko (Preissprünge, Handelsbilanz, Einkommenseffekte) stark verbesserungswürdig.

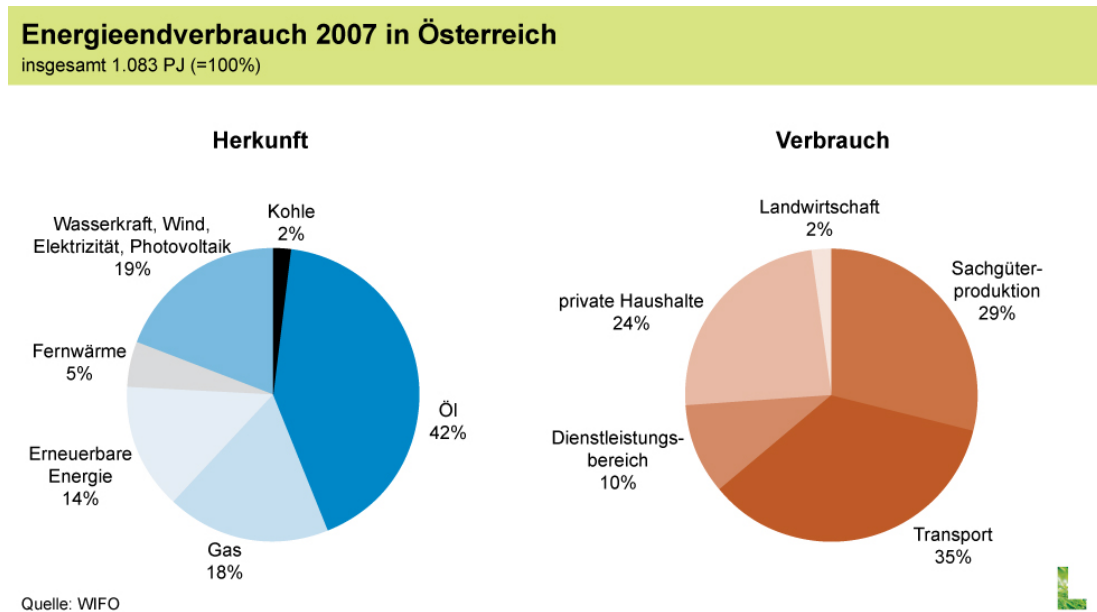
Abbildung 2 Veränderung des Energie-Bruttoinlandsverbrauchs 1995-2007 in Österreich im europäischen Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am: 09.09.2009.

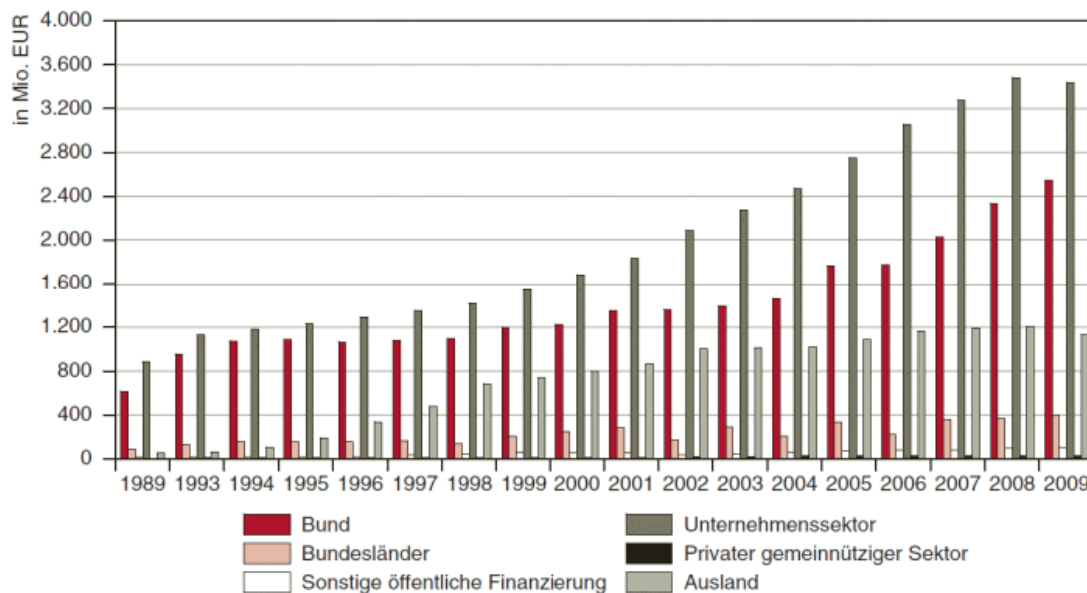
Immerhin ist in Österreich der Anteil der erneuerbaren Energie am gesamten Endenergieverbrauch aufgrund der großen Bedeutung von Wasserkraft, aber auch aufgrund der großen Zuwächse in den Bereichen Biomasse/Biogas sowie Windkraft auf 33% gestiegen. Die Erzeugung von erneuerbarer Energie stellt auch eine regional zunehmend bedeutende, neue Einkommensquelle dar, u.a. für eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben.

Abbildung 3 Anteile erneuerbarer Energiequellen am Endenergieverbrauch in Österreich 2007



Zu den traditionellen Schwächen Österreichs gehören auch die Know-how-Bilanz und der Technologiegrad im internationalen Vergleich, obwohl auch hier in den letzten Jahren ein Aufholprozess gelungen ist. 2009 werden die österreichischen **Bruttoinlandsausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E)** – also die Gesamtsumme der Ausgaben für in Österreich durchgeführte F&E – 2,73% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichen und damit gegenüber 2008 um 1,8% steigen. Dies ist eine signifikante Verbesserung gegenüber dem Anfang des Jahrzehnts und nähert sich dem angepeilten Ziel von 3% für 2010. Die im Vergleich zu den Vorjahren aber deutlich abgeschwächte Entwicklung der Forschungsausgaben – im Zeitraum 2004 bis 2008 war ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 9,4% zu verzeichnen – ist auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Abbildung 4 Finanzierung der F&E-Ausgaben 1993-2009 in Österreich nach Sektoren



Q: STATISTIK AUSTRIA. F&F-Statistik. Erstellt am: 06.05.2009

Von den gesamten Forschungsausgaben 2009 wird mit 45,0% (rund 3,44 Mrd. Euro) der größte Anteil von der Wirtschaft finanziert werden. 39,9% (rund 3,1 Mrd. Euro) wird der öffentliche Sektor beitragen. 14,8% werden vom Ausland und 0,4% (rund 29 Mio. Euro) vom privaten gemeinnützigen Sektor finanziert werden. Die Finanzierung durch das Ausland (rund 1,13 Mrd. Euro) stammt zum überwiegenden Teil von mit heimischen Unternehmen verbundenen europäischen Unternehmen, die Österreich zum Forschungsstandort gewählt haben und schließt die Rückflüsse aus den EU-Rahmenprogrammen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ein. Der Anteil des öffentlichen Sektors ist in Österreich deutlich höher als in Ländern mit überdurchschnittlichen Forschungsquoten wie Finnland oder Schweden (20 -25%) .

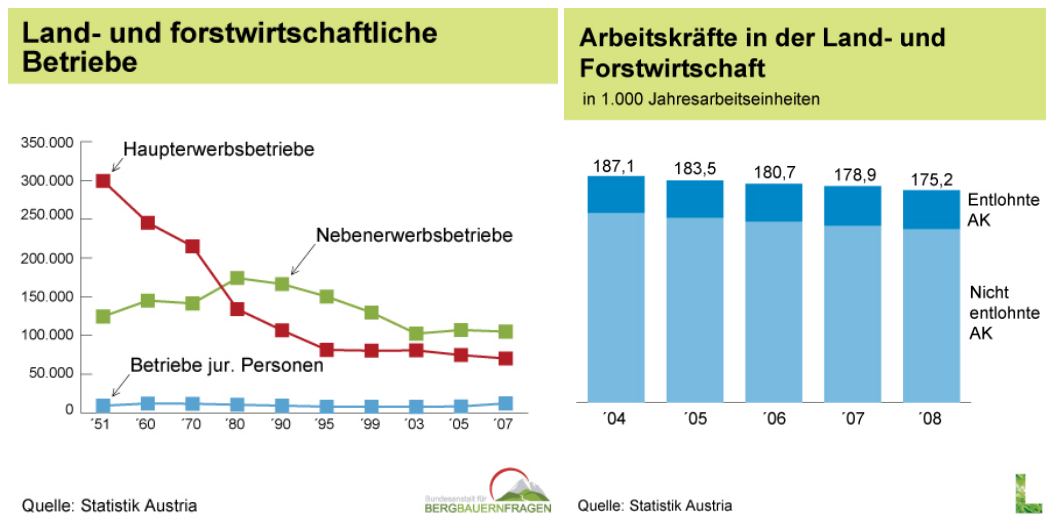
In den Innovationsübersichten der EU wird die Innovationsleistung der österreichischen Unternehmen, insbesondere der KMU mit 50 bis 249 Beschäftigten, als hoch eingestuft (Spitzenposition gemeinsam mit Deutschland). Vielfach konnten sich österreichische Unternehmen als „Weltmarktführer in Nischenmärkten“ mit hoher Kompetenz in qualitätsgeleitetem Wettbewerb etablieren. Auch ist die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit Österreichs – gemessen an der Zahl der Publikationen und deren internationaler Beachtung – in den 90er Jahren gestiegen, was eine gute Basis für die Entwicklung von „wissenschafts-basierten Industrien“ darstellt. In diesem Zusammenhang ist die thematische Ausrichtung der F&E-Ausgaben zu hinterfragen, speziell in Hinblick auf das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen (Wirtschafts-)Entwicklung: Es wäre im internationalen Rahmen von Bedeutung, die Relevanz der F&E-Ausgaben für die Unterstützung von nachhaltigen Wirtschaftsweisen zu untersuchen und zu vergleichen.

Trotz der hohen Innovationsneigung sind die betrieblichen F&E- und Innovationsausgaben insgesamt im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich, da die Innovationsprojekte meist geringe Größe aufweisen und die Unternehmen (v.a. KMU) auf die Weiterentwicklung bestehender Produkte hin orientiert sind. Die österreichischen Großunternehmen liegen aufgrund dieser Studien bei diesem Indikator im europäischen Durchschnitt und stellen – im Gegensatz zu anderen kleinen Ländern – zwar eine wesentliche, aber keine treibende Kraft im österreichischen Innovationssystem dar. Die relativ schlechte österreichische Performance bei den Unternehmensausgaben für F&E ist daher maßgeblich auf das Segment der Großunternehmen (bzw. das Fehlen von internationalen Großunternehmen in F&E-intensiven Branchen wie Pharma, Elektronik und Rüstung) zurückzuführen.

Insgesamt zeigen diese Faktoren auch Hinweise auf den **gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel**, der im wesentlichen die jahrzehntelange Verschiebung der Beschäftigungsanteile vom ersten und zweiten Sektor in den dritten, den Dienstleistungssektor weiter fortsetzt und nun innerhalb des Dienstleistungssektors zu einer weiteren Ausdifferenzierung mit zunehmender Bedeutung der höherrangigen (Wirtschafts-) Dienste einerseits und (öffentlichen) Bildungs- und sozialen, gesundheitsbezogenen Diensten andererseits geführt hat.

Der längerfristige Strukturwandel im ersten Sektor, v.a. im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, wird aus der folgenden Graphik anschaulich: Die Zahl der Betriebe – und hier vor allem der Haupterwerbsbetriebe – sinkt kontinuierlich, wobei sich die Gesamtzahl in den letzten Jahre nur mehr geringfügig reduziert hat. Weiter abnehmend ist die Zahl der insgesamt Beschäftigten (selbstständig und unselbstständig) mit insgesamt 1–2% pro Jahr (wobei darin eine kleine Zunahme der unselbstständig Beschäftigten enthalten ist, die aber nur einen geringen Anteil ausmachen – siehe auch die folgende Abbildung)..

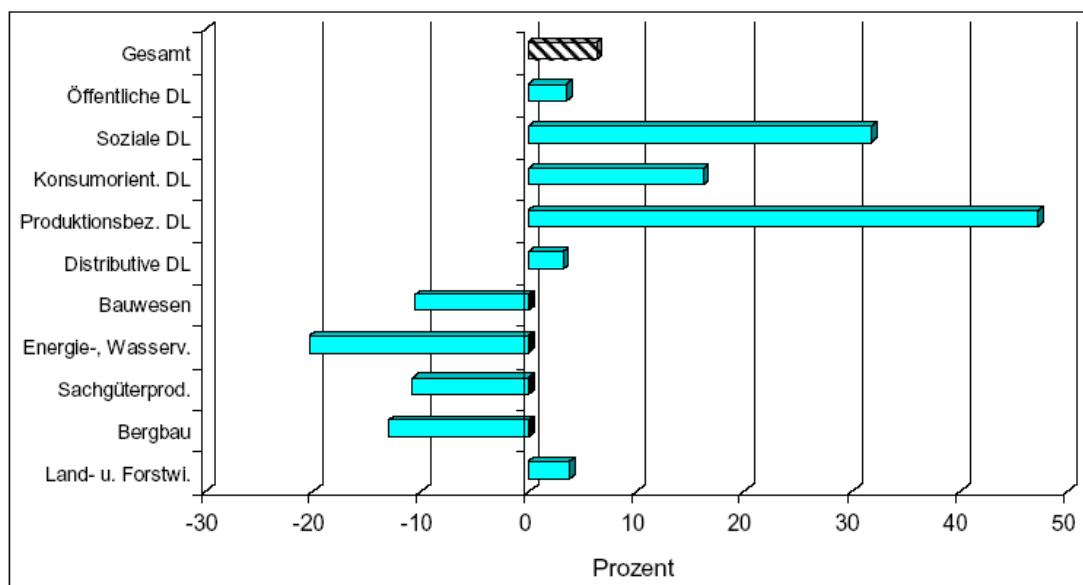
Abbildung 5 Langfristige Entwicklung Land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und der Beschäftigten 2004 – 2008



Quelle: Grüner Bericht 2009, BMLFUW

Bei einem in Österreich insgesamt wachsenden Beschäftigungsniveau und steigenden Erwerbsquoten bedeutet dies, dass in den anderen Sektoren Zunahmen erforderlich sind – und dies ergibt längerfristig eine tragenden Rolle für den Dienstleistungssektor, da die Rückgänge im Sachgüterbereich teilweise noch größer sind als in der Land- und Forstwirtschaft. Aufgrund der technologisch ermöglichten, kontinuierlichen Produktivitätsgewinne ist ein sehr starkes Marktwachstum für die Produkte des Sachgüterbereichs nötig, um die Beschäftigung auch nur halten zu können. Ein solches Wachstum ist ausschließlich auf Exportmärkten – im globalen Wettbewerb – zu erzielen

Abbildung 6 AK: Unselbstständig Beschäftigte 1995 -2006 nach Wirtschaftsbereichen; Veränderung in Prozent

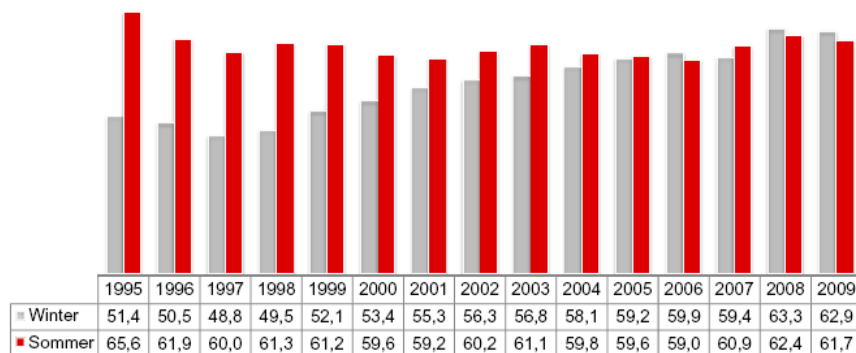


Quelle: Hauptverband, eigene Berechnungen Mesch.

Der für viele Regionen Österreichs bedeutende Tourismus hat sich in den vergangenen Jahren beim Städte- und beim Wintertourismus sehr positiv entwickelt, wodurch der langjährige struk-

turelle Verlust beim Sommertourismus ausgeglichen und umsatzmäßig überkompensiert werden konnte. 2008 war das erste Jahr mit mehr Nächtigungen im Winter als im Sommer. Als regionale Tendenzen können die weitere Konzentration auf höher gelegene und größere Wintersportzentren, Städte mit Kultur- und Entertainmentqualität sowie nach wie vor Regionen mit modernen Freizeitinfrastrukturen (Thermen, Wellness) gesehen werden, wobei im letzteren Bereich Sättigungstendenzen auftreten. Randlagen, kleinere und schlecht organisierte Angebotsstrukturen und wenig profilierte Angebote sowie schlechte Beherbergungsqualitäten werden künftig weitgehend aus dem Markt fallen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen verschiedene Aspekte, mit Chancen und Risiken für unterschiedliche Lagen und Saisonen. Insgesamt kann in diesem Wirtschaftsbereich mittelfristig mit einer leicht positiven Beschäftigungsentwicklung gerechnet werden.

Abbildung 7 Nächtigungsentwicklung nach Saisonen, 1995 – 2009



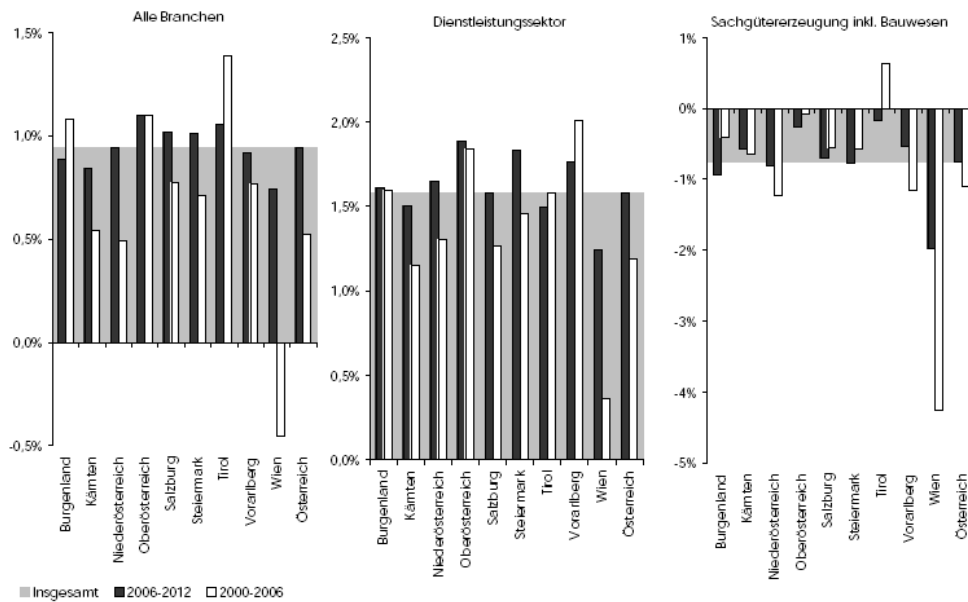
Quelle: Statistik Austria, Stand 10.12.2009; Sommer 2009=Hochrechnung

Die **Gesamtbeschäftigungsquote** liegt in Österreich bei knapp unter 70%, die Frauenerwerbsquote bei rund 61%. Österreich liegt somit über dem EU27-Schnitt. Zentrale Herausforderung für den österreichischen Arbeitsmarkt ist aber nach wie vor die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen (zwischen 55 und 64 Jahren). Die Beschäftigungsquote dieser Personengruppe ist zwar in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, liegt aber deutlich unter den europäischen Vergleichswerten. Dies hat gravierende Folgewirkungen für die öffentlichen Haushalte.

In einer mittelfristigen Perspektive wird damit gerechnet, dass es vorerst etwa durch die Förderung der beruflichen Aktivitäten im Alter (Erhöhung des Pensionsalters), Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zu einer Zunahme der Erwerbspersonen kommen wird. Diese Annahmen entsprechen auch den Kernannahmen vorliegender Prognosen des Arbeitskräfteangebotes für die EU insgesamt.

Wie die folgende **Prognose der Beschäftigungsentwicklung** für Österreich nach Sektoren und Bundesländern zeigt (WIFO 2009), wird jedenfalls mittelfristig (bis 2012) davon ausgegangen, dass sich dieser langfristige Trend weiterentwickelt und weiter ausdifferenziert – und in allen Bundesländern und Regionen wirkt. Bemerkenswert sind die Ergebnisse etwa für Wien, wo die Abnahme der Beschäftigung im Sachgüterbereich weit über jener der anderen Bundesländer lag.

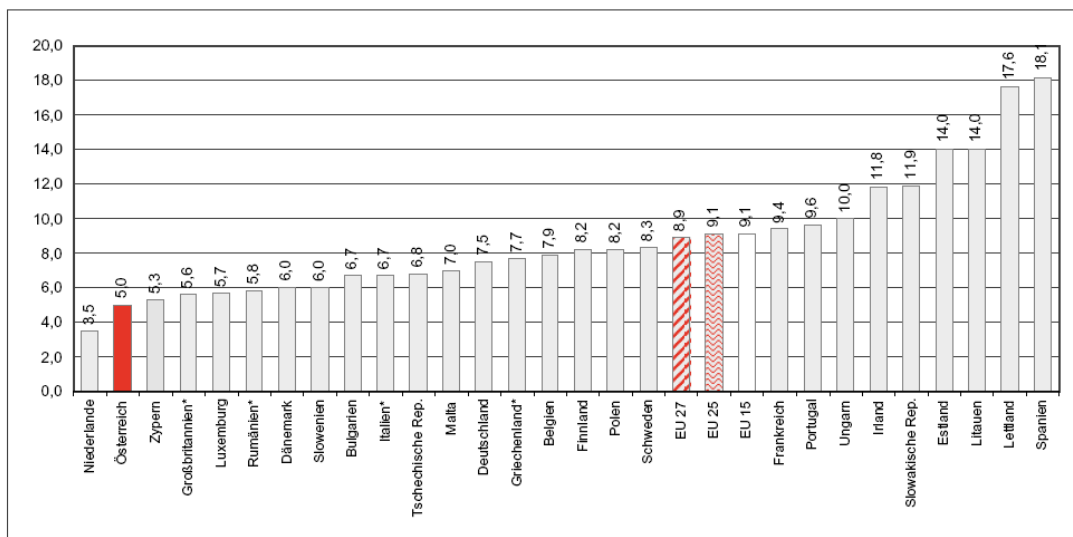
Abbildung 8 WIFO : Beschäftigungsprognose 2006-2012 für Österreich – Dienstleistungssektor im Vergleich zu Sachgütererzeugung und Bauwesen nach Bundesländern



Q: Eigene Berechnungen – Branchen- und Berufsmodelle (auf Basis der Modelle PROMETEUS und MultiREG). – Gesamt: Wachstum in Österreich zwischen 2006 und 2012. – NÖ: Niederösterreich, OÖ: Oberösterreich.

Aus heutiger Sicht – angesichts der Unsicherheit über die weitere Bewältigung der tiefgreifenden, globalen Wirtschaftskrise – können keine stichhaltigen Voraussagen über die künftige Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenquoten getroffen werden. Im internationalen Vergleich (siehe Abbildung unten) ist die Ausgangslage vergleichsweise günstig, wenngleich die Situation regional große Unterschiede aufweist. So ist etwa die Arbeitslosenquote 2009 auch nach der strukturbedingten starken Zunahme im Industriebundesland Oberösterreich mit 4,9% immer noch wesentlich geringer als in Wien, Burgenland und Kärnten (8,5%, 8,4% und 9,3%).

Abbildung 9 Gesamtarbeitslosenquoten im europäischen Vergleich 2009 (Jahresdurchschnittsdaten)



Quelle: Eurostat, Datenbank des BMASK

Ein in **räumlicher und standortbezogener Sicht** wichtiger Trend ist die langfristige Veränderung der Produktionsstruktur weg von der Sachgüterproduktion im engeren Sinn und hin zu kombinierter Dienstleistungs-Produktion. Einerseits sinkt damit einhergehend im Durchschnitt der Platzbedarf pro Arbeitnehmer, weil für viele Funktionen im Unternehmen nur eine Standard-Büroausstattung und die dafür notwendige Fläche erforderlich ist. Andererseits ist bei den reinen Produktions- und Fertigungstätigkeiten aufgrund der steigenden Rationalisierung und Automatisierung mit einer Zunahme des Raumbedarfs pro Arbeitsplatz zu rechnen. Räumliche Konsequenzen dieser Entwicklung sind v.a. die vermehrte Clusterbildung, ein steigender Büroanteil auch in Gewerbegebieten und die Zunahme an gemischtgenutzten Gebäuden (Produktion, F&E, Verwaltung). Dies eröffnet auch neue Chancen zur intensiveren und raumsparenden Nutzung von bestehenden Gewerbe- und Industriestandorten in einem veränderten Nutzungsmix.

Im Projekt **Szenarien 2030** der ÖROK wurden **Megatrends und Entwicklungsszenarien** für die längerfristige räumliche Entwicklung Österreichs erarbeitet und analysiert. Dabei ging es um die v.a. in der Auswertung der Szenarien um die Fragestellung, welche der künftigen Entwicklung mit einiger Sicherheit abschätzbar sind und in welchen Bereichen solche Unsicherheiten vorherrschen, dass derzeit nur mit einer Vorbereitungsstrategie darauf eingegangen werden kann. Beide Elemente zusammen, Megatrends und Szenarien, bildeten die Grundlage für die Abschätzung von sicheren und unsicheren Trends sowie für die Formulierung von Chancen und Risiken; viele der Ergebnisse haben auch wirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Bezug.

Megatrends sind jene Entwicklungen, die lang anhaltend und regionenübergreifend sind sowie alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen. Megatrends sind weit gehend alternativenlos, sie unterscheiden sich nur in der Intensität und im Tempo. Im Gegensatz dazu werden in den Szenarien vor allem jene Aspekte dargestellt, die mit großer Unsicherheit behaftet sind und die sich sehr unterschiedlich entwickeln können.

Folgende Entwicklungen werden als besonders **raumrelevante Megatrends** angesehen:

- ▶ Alterung der Gesellschaft: die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, der Anteil der 60- und Mehrjährigen wächst
- ▶ Bunte Gesellschaft: weitere Differenzierung der Gesellschaft durch Patchwork-Familien und Berufskarrieren, Vielfalt der Lebensstile, multioptionale KonsumentInnen
- ▶ Höhere Bildung, ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, mehr Freizeit durch weniger familiäre Kinderbetreuungsarbeit sowie weniger Haushaltsarbeit durch technische Hilfen erlauben eine Individualisierung der Lebensgestaltung in allen Altersgruppen.
- ▶ Der Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird zu Berufskarrieren und Berufsbildern führen, die mit einem häufigeren Arbeitsplatz- und Arbeitsortswechsel und lebensbegleitendem Lernen verbunden sind.
- ▶ Globale Wirtschaftswelt: Globalisierung der Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmärkte: Die Globalisierung der Wirtschaft setzt sich weiter fort. Die dynamischen Wachstumsregionen Asien, Südamerika und Osteuropa führen zu einem weiteren Anstieg des Welthandels am Weltsozialprodukt (1990–2005: von 25% auf mehr als 40%). Bis 2030 wird mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Personenkilometer im Flugverkehr um 3,5% gerechnet. Neben dem Welthandel insgesamt wird sich auch der innereuropäische Warenaustausch weiterhin dynamisch entwickeln.

- ▶ **Energiehunger:** global weiter steigender Energiebedarf: Das globale wirtschaftliche Wachstum wird den Energiebedarf weiter erhöhen. Die Prognosen schwanken je nach energiepolitischen Strategien zwischen + 40 bis + 50% bis 2030 (IEA: World Energy Outlook 2006).
- ▶ **Mobile Welt:** global wachsender Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr: Bis 2030 wird mit einem Anstieg des weltweiten Pkw-Bestandes von 700 (2005) auf 1.300 Millionen gerechnet. Die Personenverkehrsleistung dürfte sich von ca. 35 auf ca. 50 Billionen Kilometer erhöhen. Im Güterverkehr wird ein Wachstum von ca. 18 auf 30 Billionen Tonnenkilometer erwartet (World Business Council for Sustainable Development: Mobility 2030, 2004).
- ▶ **Digitale Welt:** Internet, Telematik etc. – Der Zugang und die Nutzung des Internets wachsen weiterhin rasant. Globale ortsunabhängige Kommunikationsnetzwerke entstehen und beeinflussen Lebensweisen, Konsummuster, Arbeitsweisen in teilweise schwer vorhersehbarer Form. Der Ausbau der Telematik eröffnet vor allem im Verkehr neue Produktivitätspotenziale (kapazitätsorientierte Steuerung des Verkehrs, Verbesserung logistischer Abläufe).
- ▶ **Klimawandel:** Der Klimawandel ist wissenschaftlich unbestritten, Daran können auch Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, nichts mehr ändern. Die Wirkungen werden aber – beim Ausbleiben von effektiven Gegenmaßnahmen – erst nach 2030 dramatisch spürbar.

Als in den letzten Jahren wesentliche hinzugekommene Rahmenbedingungen ist für die EU und Österreich auf die besondere Situation der Öffentlichen Finanzen zu verweisen, die wegen der Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise in besonderer Weise beansprucht werden. Hier ist jedenfalls mittel- bis längerfristig mit einer deutlichen Mittelverknappung und dem Erfordernis zur Ausgabenreduktion zu rechnen.

Aus der Gesamtanalyse der **Szenarien 2030 zur Raumentwicklung Österreichs** wurden wesentliche, für die weitere (regionale) **Wirtschaftsentwicklung relevante** Aussagen gewonnen, die im folgenden Abschnitt in ihren räumlichen Auswirkungen näher beleuchtet werden. Dazu gehören folgende Aussagen (verkürzte Wiedergabe nach dem Abschlussbericht der Szenarien 2030 (ÖROK Schriftenreihe 176, Bände I und II):

Wahrscheinliche Zukunft (Auswahl mit Wirtschaftsbezug)

- ▶ **Intensiver überregionaler und regionaler Standortwettbewerb** um Know-how, Head Quarters, Wertschöpfung, Kaufkraft, EinwohnerInnen, Arbeitsplätze, TouristInnen, Daseinsvorsorge.
Ursachen: Steuersystem, Finanzausgleich, Einwohner-, Arbeitsplatz-, Tourismusentwicklung
- ▶ **Neue staatsgrenzenüberschreitende Funktionsräume** – Zentralräume erweitern ihre Einzugsgebiete – Peripherien werden in Zentralräume integriert
Ursachen: Binnenmarkt, Euro, Ausdehnung des Schengen-Raumes

Ungewisse Zukunft (Auswahl mit Wirtschaftsbezug)

- ▶ Wachstum oder Schrumpfung im Tourismus abseits der kapitalkräftigen touristischen Zentren
2005 – 2030: + 40% bis – 20%; Ursachen: Mobilitätskosten, Einkommensentwicklung
- ▶ Flächendeckender oder selektiver Ausbau von Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie und biogene Energieträger
Ursachen: Energiekosten, Klimawandel (+ Technologie, Förderbedingungen)
- ▶ Wie viele Beschäftigte wird es wo geben?
2005 – 2030: + 27%, bis – 8%; Rückgang besonders stark außerhalb der Agglomerationen und Zentralräume
Ursachen: Wirtschaftsentwicklung
- ▶ Grünland oder Wald?
2005 – 2030: – 20% bis – 6% Grünland, + 2% bis + 9% Wald
Ursachen: Liberalisierung Agrarhandel, Technologieentwicklung bei Biomassenutzung

Risiken (Auswahl mit Wirtschaftsbezug)

- ▶ Zunahme der räumlichen Disparitäten zwischen Stadt und Land, zwischen starken und schwachen Standorten
Ursachen: Das Ende der Ära der Verbesserung der Erreichbarkeit durch das Kfz-System (Motorisierung + Straßennetz + billige Treibstoffe), HL-Bahn + Flug wirkt zugunsten der Zentren; Brain drain in die Zentren als Pole der wissensbasierten Wirtschaft
- ▶ Suboptimale Standortentwicklung mit hohen externen Kosten (Verkehr, Umwelt, Freiraum)
Ursachen: Standortkonkurrenz durch Steuersystem und Finanzausgleich
- ▶ Übernutzung natürlicher Ressourcen, Zurückdrängung Naturschutz, Verlust an Biodiversität, Nutzungskonflikte
Ursachen: Energiekosten, Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Tourismus
- ▶ Instabile Industrie- und Gewerbestandorte
Ursachen: globaler Wettbewerb, Lohn- und Preisdifferenziale, Energiekosten, Klimafolgekosten
- ▶ Abbau der Daseinsvorsorge, Verlust an Versorgungsqualität besonders in kleinen Ortschaften und im fußläufigen Einzugsbereich
Ursachen: Economies of scale, Abwanderung, Konsummuster, Mobilitätskosten

Bei der Diskussion der Risiken wurde sehr deutlich auf die Gefahr der Zunahme von sozialen Gegensätzen hingewiesen. Die Entwicklung der Einkommensdisparitäten, die Zunahme von marginalen Beschäftigungsverhältnissen und die unterschiedlichen Zugänge zu einem qualifizierten Arbeitsmarkt stellen Faktoren dar, die mittelfristig zu einer Verschärfung des sozialen Klimas und auch zu räumlichen Segregationstendenzen führen können. Besonders spürbar wird dies in größeren Städten, wo räumlich konzentrierte Problemgebiete entstehen können. Der Risikofaktor Standortkonkurrenz (Konkurrenz der Gemeinden und Städte um Betriebe/Arbeitsplätze) wird als Ursache von Fehlentwicklungen benannt, ist aber als eine wesentliche politisch-administrative Rahmenbedingung zu sehen und stellt daher auch ein wichtiges Handlungsfeld im Rahmen des

ÖREK dar (siehe Abschnitt 3.3, unten). Als weiterer Risikofaktor wird der Bereich Winter-Tourismus genannt, wobei hier insbesondere die hohen Anlageninvestitionen (Beherbergung und Infrastruktur) in intensiv entwickelten Regionen durch den Klimawandel gefährdet sein können, vor allem in Zonen ohne großen Anteil von sehr hoch gelegenen Schigebieten.

Chancen

Für die weiteren Überlegungen zur ÖREK-Strategie für den Bereich Wirtschaft sind die im folgenden (auf der Basis des ÖROK-Szenarienberichtes zusammengefassten Chancenbereiche von besonderer Bedeutung, da sie auf jene Optionen hinweisen, die in der spezifischen Stärken-/Schwächen-Konstellation Österreichs als Ansatzpunkt für Verbesserungen und Erfolge dienen können. Sie werden daher im folgenden etwas ausführlicher dargestellt und im Abschnitt 3.2, Strategie und Handlungsfelder, wieder aufgenommen.

- (1) **Drehscheibe Österreich:** Die EU-Erweiterung führt zu einer Ausdehnung des traditionellen wirtschaftlichen Kernraums der EU (das so genannte PENTAGON mit den Eckpunkten London, Paris, Mailand, München, Hamburg) in Richtung Ost- und Südosteuropa. Österreich hat seine Lagevorteile bereits bisher genutzt. Besonders bei steigenden Transportkosten eignet sich Österreich auch als multimodaler Logistikstandort (Schiene, Wasserstraße, Straße). Standorte mit Schienen- und Wasserstraßenanschluss haben besonders gute Entwicklungschancen.¹
- (2) **Pulsierende Zentren mit hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards:** Vielfältige Kultur- und Freizeitangebote, hohe Umweltqualität und Sicherheitsstandards werden in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe, innovative Unternehmen, international vernetzte Headquarters noch verstärkt Bedeutung gewinnen. Die österreichischen Städte bringen dazu beste Voraussetzungen mit (Wien ist regelmäßig unter den drei Städten mit der höchsten Lebensqualität weltweit). Die Integration und Nutzung des Potenzials von ZuwanderInnen, ein weltoffenes, vielfältiges Kulturleben, die weitere Verbesserung der Umweltstandards, die Bewahrung des hohen Sicherheitsniveaus und ein hohes Ausbildungsniveau können die Chancen im Standortwettbewerb weiter erhöhen.
- (3) **Aufbau biomassebasierter Qualitätswertschöpfungsketten:** Die verstärkte Nachfrage nach natürlichen Ressourcen eröffnet für den ländlichen Raum große Chancen, aber nur dann, wenn es gelingt, die Rohstoffproduktion (Pflanzenmasse, Holz) in regionale Wertschöpfungsketten zur Produktveredelung zu integrieren (wobei hier die räumlichen und landschaftlichen Restriktionen zu beachten sind). Dazu zählt auch eine qualitätsorientierte Lebensmittelproduktion, die Österreich als „Feinkostladen Europas“ positioniert.
- (4) **Energieautarke Regionen:** Regionen mit einem hohen Anteil an selbst produzierter Energie aus erneuerbaren Energieträgern können sich zumindest teilweise aus der Abhängigkeit von Weltmarktentwicklungen befreien und Betrieben eine gesicherte Energieversorgung anbieten. Gleichzeitig werden dadurch die Klimakosten reduziert und „Export Erlöse“ lukriert, die für die regionale Entwicklung genutzt werden können.

¹ Einschränkung wurde in der Diskussion auf die Transportkostennachteile bei Agrarerzeugnissen hingewiesen, die Österreich als Binnenland im Vergleich zu Ländern mit Seehäfen entstehen.

- (5) **Österreich als Produzent von energieeffizienten Produkten und von Umwelttechnologien:** Standorte mit Produktionen für den Schienenverkehr und den öffentlichen Verkehr, Standorte mit besonders energieeffizienten Produktangeboten sowie Standorte, die Produktionsanlagen oder -elemente für die Energieherstellung oder –umwandlung aus erneuerbaren Energieträgern herstellen, werden mit großer Wahrscheinlichkeit besonders gute Entwicklungschancen haben. Verfahren und Produkte, die eine hohe Luft-, Wasser- und Bodenqualität sichern, die in Österreich erprobt und erfolgreich sind, können die Basis für wachstums- und exportorientierte Produktion in Österreich sein.
- (6) **Tourismusstandort Österreich als Klimawandelgewinner:** Österreich kann im Sommer den Hitzeflüchtlingen aus dem Süden und den Großstädten ein vielfältiges touristisches Programm (Berge und Seen) anbieten. Als positive Aspekte aus dem Klimawandel werden die – im Vergleich zu traditionellen südlichen Urlaubsländern – angenehmeren Temperaturen im Alpenraum sowie eine Verlängerung der Sommersaison durch anhaltende, wärmere Schönwetterperioden angeführt, mit der Chance zur Renaissance der „Sommerfrische“. Entscheidend im Wettbewerb wird aber auch hier sein, Qualität, Themenführerschaft und professionelle Organisationsstrukturen aufzuweisen.
- (7) **Multifunktionalität und Kleinteiligkeit erhöhen:** Chancen für flexibles Reagieren auf die Zukunft Die Multifunktionalität und Kleinteiligkeit vieler räumlicher Strukturen entsprechen nicht immer dem ökonomischen Effizienzprinzip, sie könnten aber die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber zukünftigen Entwicklungen erhöhen.

Als wesentliches Ergebnis der Auseinandersetzung mit den durchaus komplexen Ableitungen und Ergebnissen des Szenarienprojektes werden diese Hinweise aufgenommen und in den weiteren Überlegungen zu räumlichen Konsequenzen (Kapitel 2) und zu Strategien und Maßnahmen einer räumlich ausgerichteten Strategie zur Wirtschaftsentwicklung in Österreich weiterentwickelt (Kapitel 3).

Abbildung 10 Lage- und Wirtschaftsstruktur: Stärken und Schwächen städtischer und ländlicher Raum*) in Österreich

Raumtypen	Österreich allgemein	Städte – Zentralräume	Ländlicher Raum*)
Geografische Lage			
Stärken	Zentrale Lage in Mitteleuropa, vergleichsweise gute Infrastrukturausstattung	Hohe Dichte ⇒ Führungsvorteile, geringe Distanzen, Standorteignung für Dienstleistungen Hohe Lebensqualität als internationaler Standortfaktor Grenznähe und damit verbunden erweiterte funktionale Räume	<i>Berggebiete und sonstige ländliche Regionen:</i> landschaftliche Attraktivität ⇒ Eignung für Tourismus (z.T. historische) Ressourcen ⇒ Industriesubstanz, Attraktive Lebens- und Umweltbedingungen, hervorragende Freizeitinfrastruktur <i>Sonstige ländliche Regionen:</i> verfügbare Flächen, Wohn- und Erholungsqualität, (potentiell) kulturelle Vielfalt, (überwiegend) Lagegunst für Landwirtschaft
Schwächen	Binnenlage Relative Kleinheit, Topografie und damit verbunden teilweise erschwerte Erreichbarkeiten	Hohe Dichte ⇒ Flächenknappheit, Überlastungserscheinungen – erhöhte Störungen durch Nähe, Umweltbelastungen Infrastrukturdefizite und Verkehrsbelastungen, v.a. bei grenznahen Stadtregionen zu neuen MS	Physische Mobilitätsbarrieren; ökologisch sensibler und knapper Siedlungs- und Wirtschaftsraum ⇒ Störungen und Flächenknappheit ähnlich wie Städte), Lagenachteile für Landwirtschaft <i>Berggebiete:</i> Flächenknappheit und Nutzungskonflikte, in Teilregionen unzureichende Erreichbarkeiten <i>Grenzregionen/Tw. zu Neuen Mitgliedsstaaten:</i> rechtl.-institutionelle (z.T. auch sprachliche) Barrieren für wirtschaftliche und kulturelle Interaktion, geringe Dichte ⇒ hoher Mobilitätsaufwand, geringe Vielfalt in erreichbarer Distanz Unzureichende grenzüberschreitende Anbindung
Wirtschaftsstruktur und Performance			
Stärken	Hohes Qualifikationsniveau, qualifizierte FacharbeiterInnen, innovative, flexible KMU, Kulturerbe (lokal)	Große, vielfältige Arbeitsmärkte, breites Angebot an Gütern und Dienstleistungen Attraktivität für Zuwanderung und Internationalisierung	Teilweise leistungsfähige Wirtschaftssubstanz (Tourismus, Industrie, erneuerbare Energiequellen) <i>Grenzgebiete:</i> wirtschaftliche Verflechtungsräume (regionale Märkte) potentiell größer als Regionen im Inland
Schwächen	Ungenutzte Arbeitskräftepotentiale (Frauen, Ältere, Jüngere), Mangel an technisch-naturwiss. Qualifikationen Mangel an Großunternehmen Eher geringe (berufliche) Mobilität	Geringe Ausstattung mit höchstrangigen internationalen Dienstleistungen und Headquarter-Funktionen, Rückgang des sekundären Sektors	geringe Beschäftigungschancen für weniger mobile Arbeitskräfte außerhalb lokal dominierender Wirtschaftszweige Teilweise vorhandene Monostrukturen Geringe Dichte ⇒ lokal begrenzte Arbeits- und Absatzmärkte mit geringer Vielfalt in erreichbarer Distanz
Aktuelle Performance	Hohe Wirtschaftskraft, durchschnittliches Wachstum, einige strukturelle Schwachstellen	Hohe Wirtschaftskraft, mäßiges Wachstum	z.T. relativ hohe Wirtschaftskraft, schwächere Regionen zuletzt mit überdurchschnittlichem Wachstum <i>Grenzregionen zu Neuen Mitgliedsstaaten:</i> Durchwegs niedrige Wirtschaftskraft, teilweise hohes Wachstum in Südosten, schwaches Wachstum im Norden

*) Einschließlich der Klein- und Mittelstädte und deren Umland.

2. Räumliche Implikationen der Wirtschaftsentwicklung

Die räumlichen Entwicklungstendenzen in Österreich zeigen – ausgehend von den vorhin beschriebenen Ausgangsstrukturen – grundsätzlich günstige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung, allerdings sind in einigen Landesteilen durchaus erschwerte Standortbedingungen gegeben. Räumlich wirken auf kleinregionaler Ebene teilweise Entwicklungsmuster, die einigen raumentwicklungspolitischen Zielsetzungen entgegenlaufen. Dies betrifft v.a. die weitergehende Tendenz zur Suburbanisierung, mit der Dezentralisierung von Wohnungen und Arbeitsplätzen/Einkaufseinrichtungen und damit verbundene Verkehrsbelastungen, der generelle Rückzug aus den kleinen Gemeinden im ländlichen Raum, mit der Gefahr kumulativer Entleerungseffekte. Auch der Mangel an Entwicklungsansätzen in manchen ländlichen Regionen ist problematisch, ein Ausgleich durch Pendeln nur teilweise eine Antwort. Tendenzen zur räumlichen Spezialisierung und damit Disparitätenbildung finden auch kleinräumig statt.

Als positive weiche Standortfaktoren mit zunehmender Bedeutung im internationalen Standortwettbewerb können Umwelt- und Lebensqualität, intakte Landschaft und attraktive (Mittel- und Klein-) Städte sowie eine Vielzahl an Kulturgütern ins Treffen geführt werden. Allerdings können auch Tendenzen beobachtet werden, die schleichend zu einer Entwertung und Beeinträchtigung dieser an sich günstigen Ausgangssituation beitragen. Einerseits betrifft dies die Standortqualität von Unternehmen direkt, wenn sie aufgrund von Verkehrsproblemen und Konflikten mit benachbarten Nutzern (z.B. Wohnen) zunehmend belastet werden. Andererseits steigen auch die internationalen Anforderungen in ökologischer Hinsicht (wie z.B. die Kyoto-Zielsetzungen), die gerade auch im wirtschaftlichen Bereich hohe Beiträge zur Verbesserung erfordern.

Aus beiden Faktoren heraus ist es unerlässlich, die Qualität der Raumentwicklung in Österreich zu steigern, für die Siedlungsentwicklung im allgemeinen und für konkrete Wirtschaftsstandorte im besonderen. Dazu zählt auch – in Hinblick auf eine international ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung essentiell – eine hervorragende multimodale Verkehrsanbindung und Logistikinfrastuktur. Hier hat Österreich – nicht zuletzt aufgrund der historischen Erweiterung der EU nach Osten – noch erheblichen Nachholbedarf.

Im Überblick lassen sich folgende **räumliche Entwicklungsmuster** beobachten:

- ▶ Die Stadtregionen – und innerhalb dieser die Umlandbereiche – haben sich sowohl hinsichtlich Bevölkerung als auch hinsichtlich des Arbeitsplatzangebots in den letzten Jahrzehnten am dynamischsten entwickelt. Der Ausbau der (hochrangigen) Infrastruktur und damit eine Verbesserung der Erreichbarkeit sowie ein hohes Qualifikationsniveau haben dazu beigetragen. Die Bevölkerungsprognosen zeigen insbesondere für die Stadtregionen Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck und Rheintal weiterhin sehr positive Wachstumsaussichten, woran auch die Kernstädte beteiligt sind.
- ▶ Mit dem Ausbau der Infrastruktur hat sich die Suburbanisierung, die vom Wunsch des Wohnens im Grünen und vom stark gestiegenen Flächenbedarf von Verkehr, Einzelhandel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen geprägt wird, bereits aus den verstärkten Gebieten immer weiter ins Umland verlagert. Gleichzeitig profitieren vor allem die Städte von nationalen und internationalen Wanderungszuwächsen.
- ▶ Ländliche Regionen zeigen – bei erheblichen Differenzierungen nach Lage- und Wirtschaftstyp – deutliche Tendenzen zu städtischen Lebensformen und zur Verstädterung.

Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse wiederholen sich in Mittelstädten ländlicher Regionen, steigende Pendlerradien verursachen einen massiven Wandel der Siedlungsstrukturen. Die Auflassung landwirtschaftlicher Nutzflächen kann zu einer Renaturierung von Natur- und Kulturlandschaften führen. Wie die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, werden Siedlungs- und landwirtschaftliche Gebiete durch Naturgefahren (Hochwasser, Lawinen) zunehmend bedroht. Außerdem haben Teile des ländlichen Raumes, v.a. in peripheren Lagen und im Berggebiet, als Folge unzureichender Arbeitsplatzausstattung und –entwicklung mit Abwanderungstendenzen, Überalterung, Versorgungsproblemen zu kämpfen.

- ▶ Großformen der Versorgung, der Freizeit und Tourismuswirtschaft können zu räumlicher Spezialisierung führen. Sie sind einerseits bedeutender Wirtschaftsfaktor, andererseits stellen sie aber auch eine Bedrohung für traditionelle Stadt- und Ortskerne und die kleinteiligen Handelsstrukturen in kleineren Gemeinden dar. Die Errichtung großflächiger Fachmärkte, von Freizeit- und Shopping-Centern beeinträchtigt auch das Orts- und Landschaftsbild und bedeutet sehr hohen Flächenverbrauch.
- ▶ Eine weiter anhaltende, sich verschärfende Trennung der Daseinsfunktionen Wohnen – Arbeiten – Freizeit führt zur Beeinträchtigung von Lebensräumen, zu hohem Verkehrsaufkommen und sozialen Ungleichheiten im Raum – dezentrale Versorgungssysteme nehmen ab. Die zunehmende räumliche Trennung der Daseinsfunktionen und die damit verbundene Steigerung der Mobilität verursacht ein ständiges Ansteigen des Verkehrs und hier besonders des motorisierten Individualverkehrs. Damit nehmen nicht nur die Belastungen durch Staub, Lärm und Flächenverbrauch zu, dies führt auch vermehrt zu Konflikten zwischen den VerkehrsteilnehmerInnen und der betroffenen Wohnbevölkerung. Verschärft wird diese Entwicklung durch mangelnde Finanzausstattung der öffentlichen VerkehrsträgerInnen sowie der Ausdünnung der Angebote des öffentlichen Verkehrs speziell in den peripheren Lagen.
- ▶ Trotz vieler Bemühungen, diese Entwicklung hintan zu halten, ist von einem weiteren Ansteigen des Verbrauchs an Rohstoffen und nicht erneuerbaren Ressourcen auszugehen. Klimatische Veränderungen sowie die Belastung und Zerschneidung von Ökosystemen vor allem durch Verkehrsachsen führen darüber hinaus zu Beeinträchtigungen der Umwelt. Diese geänderten Rahmenbedingungen stellen jedoch die raumrelevanten Politikbereiche der Gebietskörperschaften in Österreich vor neue Aufgaben – dies besonders dann, wenn aufgrund der internationalen Entwicklung mittelfristig von einem signifikant gestiegenen Energiepreisniveau ausgegangen wird.

Tendenzen wachsender sozialer Ungleichheit – u.a. durch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Reform des wohlfahrtsstaatlichen Systems – können als Folgeerscheinung auch räumliche Segregationstendenzen auslösen, z.B. durch die Konzentration von armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen oder Teilregionen. Davon sind in besonderer Weise Großstädte und Regionen mit einem hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund betroffen. Der Verlust von Daseinsfunktionen führt zu weiteren Attraktivitätsverlusten in peripheren Gebieten und zur Benachteiligung der dort (noch) lebenden meist älteren Bevölkerungsgruppen.

Im Folgenden werden die aus dem Projekt Szenarien der Raumentwicklung Österreichs (Österreich 2030) abgeleiteten, sogenannten „Sicheren“ und „Unsicheren“ Zukunftstrends aufgenommen und in Hinblick auf ihre **räumlichen Auswirkungen** interpretiert. Dies bildet die Grundlage für die im folgenden Abschnitt 3 dargelegten raumbezogenen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien (die auch die in Abschnitt 1, oben, aufgelisteten Einschätzungen zu Chancen und Risiken aufnehmen).

Abbildung 11 ÖROK-Szenarien 2030: Auswirkungen von Zukunftstrends in unterschiedlichen Raum-/Regionstypen

		Raum-/Regionstypen	
Sichere Zukunftstrends gem. Ö 2030:	Österreich allgemein	Städte – Zentralräume	Ländlicher Raum*)
Vertiefte EU-Integration und Globalisierung: Intensiver überregionaler und regionaler Standortwettbewerb um Know-how, Head Quarters, Wertschöpfung, Kaufkraft, EinwohnerInnen, Touristen; indirekt: Ressourcen für Daseinsvorsorge Strukturwandel zu höherrangigen Dienstleistungsfunktionen	Weiterhin starker Druck auf Strukturwandel zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit (Qualifikation, Innovation, Internationalisierung, Kostendämpfung) ⇒ Druck auf Arbeitseinkommen und rechtliche Absicherung	Standortvorteile durch Bildung, Kultur und internationale Erreichbarkeit eröffnen gute Wachstumschancen, Impulse durch F&E-Förderung in den Zentren besonders wirksam; Risiko: Bodenknappheit/Bodenpreisentwicklung, Verkehrsüberlastungen Chance: verstärkte Einbettung der österreichischen Städte in internationale Städtenetzwerke und Bildung grenzüberschreitender Städtenetze in Mitteleuropa	Weiterer Rückzug Industrie/Gewerbe aus nicht mehr adäquaten historischen Standorten, Standortbrachen Geringes Neuansiedlungspotenzial Chance: Diversifizierung der regionalen Wirtschaft, tw. aus dem agrarischen Bereich; Erschließung neuer Kundengruppen für den Tourismus
Unsichere, räumlich und nach Qualifikationen polarisierte Beschäftigungsentwicklung (Ursachen: Strukturwandel, s.o.)	Ergebnisse Szenarien 2005 – 2030: Beschäftigung + 27%, bis – 8%; Große regionale Unterschiede, Stadt-Land-Gefälle nimmt zu	Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Verdrängungseffekte und Lohndruck als Folge des verstärkten Zustroms von Arbeitskräften aus (Grenz-) Regionen mit hohem Wohlstandsgefälle	Beschäftigungsrückgang besonders stark außerhalb der Agglomerationen und Zentralräume
Ergänzung: Innovationsdruck durch – neue Produktionstechnologien – neue Medien + IKT – neue Lebensstile	Permanenter Wandel stellt große Anforderungen an Innovationsbereitschaft der Menschen ⇒ Soziale Folgewirkungen	Soziale und ethnische Integration als größte Herausforderung in Hinblick auf die laufend steigenden und sich ändernden Qualifikationserfordernisse Chance: Potenzial der Zuwanderung für Internationale Wirtschaft nutzen	Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen für alle Alters- und Qualifikationsstufen als Herausforderung; ⇒ Risiko stärkerer Abwanderung Chance: Durch e-learning u.ä. erleichterter Zugang
Neue staatsgrenzüberschreitende Funktionsräume – Zentralräume erweitern ihre Einzugsgebiete – Peripherien werden in Zentralräume integriert (Wirkung von Binnenmarkt, Euro, Schengen-Raum)	Erfordernis zur Weiterentwicklung und Verbesserung grenzüberschreitender Governance-Systeme	Städte als „natürliche“ Motoren in größeren funktionalen Regionen, verfügen über die erforderliche Governance-Kapazität Chance: Verbesserte Kommunikations- und Verhandlungsprozesse, flexible institutionelle Kooperationsstrukturen	Anhaltend starker Strukturwandel, mittelfristig Wettbewerbsverzerrung durch Förder- und Kostengefälle Chance: funktionale Aufwertung durch Verflechtung mit Zentren in Nachbarstaaten

*) Einschließlich der Klein- und Mittelstädte und deren Umland.

Abbildung 12 ÖROK-Szenarien 2030: Auswirkungen von unsicheren Zukunftstrends in unterschiedlichen Raum-/Regionstypen

		Raum-/Regionstypen	
Unsichere Zukunftstrends Ö 2030	Österreich allgemein	Städte – Zentralräume	Ländlicher Raum *)
Wachstum oder Schrumpfung im Tourismus abseits der kapitalkräftigen touristischen Zentren 2005 – 2030: + 40% bis – 20% Ursachen: Lifestyle, Mobilitätskosten, Einkommensentwicklung	Wettbewerbssituation für kleinere Tourismusgebiete in ökonomisch ungünstigeren Entwicklungsszenarien unsicher, gefährdet	Geringer betroffen	Laufender Anpassungsbedarf im Tourismus, Abhängigkeit von gesellschaftlichen Trends, Lifestyle-Entwicklungen (z.B. Event-Tourismus)
Flächendeckender oder selektiver Ausbau von Wasserkraft, Windenergie und Solarenergie Ursachen: Energiekosten, Klimawandel, Technologie, Förderbedingungen	Abhängig von der Verknappung und Verteuerung der (fossilen) Energieträger und von der internationalen Technologieentwicklung (Kostenfaktoren)	Geringer betroffen, ev. Geothermie, Photovoltaik	Großes Entwicklungspotenzial mit regionalwirtschaftlicher Relevanz, z.B.: Biomasse/Biogas, Photovoltaik, Energiepflanzungen, Kleinwasserkraft, tw. Windkraft
Abnahme Grünland 2005 – 2030: – 20% bis – 6%, gleichzeitig Zunahme Wald: + 2% bis + 9% Ursachen: Liberalisierung Agrarhandel, Technologieentwicklung bei der Biomasse-nutzung	Genereller Trend, betrifft gering produktive Flächen, ungünstige Lagen, Wettbewerbsnachteile für Bergregionen	Geringer betroffen	Gefahr der Aufgabe der landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung insbesondere in gebirgigen Lagen, Aufforstung und Verödung Potenzielle Beeinträchtigung von Kulturlandschaft und Ökologie
Demografische Entwicklung, Migrationsdruck und –sog	Chance: Wachstumsimpuls bei rechtzeitiger Anpassung der Wirtschaft, Verbesserung der Altersstruktur	Gefahr zunehmender sozialer Konflikte (zwischen Generationen; Integrationsdefizite) Chance: Gelungene Integration und Zuwanderungspolitik: Stärkung der wirtschaftlichen Internationalisierung	Kleinräumig: Verödung extrem peripherer Gebiete und Siedlungen in Hochlagen durch Abwanderung und Überalterung Migration nur punktuell Chance für Gebiete mit sinkender EinwohnerInnenzahl
Verkehr (Güter- und Personen): – Erhöhung der Aktionsradien und der Verflechtungsintensität zwischen Unternehmen – Gefahr von Energiepreis-Schocks	Zunahme des Arbeits- und Freizeitverkehrs (sofern nicht durch steigende Energiepreise gebremst), steigende Umweltbelastungen Chance: Entwicklung umweltfreundlicher Verkehrssysteme	Überlastung der Verkehrsknoten, Umweltbelastung Chance: multimodal abgestimmte Verbesserung von Infrastruktur und Logistik; Logistik als zunehmend bedeutender Standort- und Wirtschaftsfaktor	Steigende Verkehrsbelastung an (alpenquerenden) Haupttrouten sowie auf Verbindungen zu mittel- und osteuropäischen Ländern mit negativen Umwelteffekten Verteuerung der Mobilität ⇒ stärkerer Abwanderungsdruck

*) Einschließlich der Klein- und Mittelstädte und deren Umland.

3. Raumentwicklungspolitik/Handlungsanforderungen Wirtschaft

3.1 Übergeordnete Zielsetzungen/Strategische Antworten auf die Herausforderungen

Das Kapitel Wirtschaft baut neben einer Reihe von anderen Studien auf den Einschätzungen der aus dem Projekt **Szenarien der Raumentwicklung Österreichs** (Österreich 2030) abgeleiteten, sogenannten „Sicheren“ und „Unsicheren“ Zukunftstrends auf. Die folgend dargelegten raumbezogenen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien nehmen dabei die dort zusammengefassten Megatrends und die Einschätzungen zu Chancen und Risiken für Österreichs Wirtschaft auf (siehe Abschnitt 1).

Übergeordnete Zielsetzung der österreichischen Raumentwicklungspolitik ist es, für die wirtschaftliche Entwicklung im Lande gute räumliche und infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen, in Regionen mit geringer ökonomischer Aktivität oder Strukturproblemen die eigenständige Ansätze pro-aktiv zu unterstützen und die Tätigkeit komplexer gebietskörperschaftlicher Strukturen zu einem strategischen Ganzen zu führen (governance).

Die Entwicklungsherausforderungen, vor denen die Wirtschaft in Österreichs Regionen steht und auf die sich die dargestellte Raumentwicklungspolitik bezieht, haben in zweierlei Hinsicht gegenüber den Ergebnissen der Szenarien 2030 eine deutliche Verschärfung erfahren:

- ▶ Erstens in Hinblick auf die **Klimapolitik**, wo die Vorbereitungsprozesse zum Klimagipfel in Kopenhagen 2009 eine Anzahl von Belegen für die Dringlichkeit globalen Handelns erbracht haben, einschließlich der Erkenntnis, dass ein nur partiell einiges Europa wenig Verhandlungserfolge gegenüber den USA und den aufstrebenden großen Wirtschaftsräumen China und Indien erzielen kann und
- ▶ zweitens in Hinblick auf die **Bewältigung der Wirtschaftskrise**, die bei den führenden Wirtschaftsunternehmen, beispielsweise im automotiven Bereich, eine Bereitschaft zu einer radikalen Systemanpassung entstehen ließ, etwa in der Hinsicht, dass über neue Fahrzeugtechnologien versucht wird, sowohl einen Beitrag zum Klimaschutz als auch zum Wirtschaftswachstum zu leisten. Im Bewusstsein, dass der für die wirtschaftliche Erholung unbedingt notwendige Exporterfolg längerfristig nur mit neuesten Umwelttechnologien möglich sein wird (da z.B. in China die Luftverschmutzung bereits so hoch ist) werden derzeit die Weichen für neue Antriebstechniken gestellt.

In diesem Bericht wird davon ausgegangen, dass dieses Spannungsfeld aus Klimaschutzanforderungen einerseits und andererseits der Notwendigkeit, auf einen globalen Wachstumspfad der Wirtschaft zurückzufinden, für längere Zeit aufrecht bleiben wird. Die in Europa daraus gezogene Schlussfolgerung lautet: Mit modernsten Technologien die Umweltaforderungen bestens erfüllen und mit dieser (neuen) Qualität auf dem Weltmarkt Erfolg haben und Marktanteile gewinnen.

Für Österreich als einem der wirtschaftlich erfolgreichen Länder der EU ergibt sich die strategische Anforderung, bei **Wissen und Innovationsfähigkeit vor diesem Hintergrund an vorderster Front** beteiligt zu sein. Dies bedeutet, bei Innovations- und Bildungspolitik den Fokus

der eingesetzten Fördermittel, Forschungsgelder und Bildungsinnovationen so zu legen, dass die angestrebte Kompetenz bei relevanten Themen erreicht wird, etwa bei besserer Energieeffizienz, Siedlungen mit hochgradiger Eigenversorgung an Energie etc.

Dieser Grundstrategie folgend können die **Entwicklungsherausforderungen der Wirtschaft** in Österreichs Regionen, auf die sich die Raumentwicklungspolitik unterstützend bezieht, wie folgt zusammengefasst werden:

- ▶ Es gilt, im Wissens-/Innovations-/Kompetenz-Wettbewerb zu den fortgeschrittensten Ländern (Skandinavien) aufzuschließen,
- ▶ den Strukturwandel der Wirtschaft mit einer aktiv auf den Klimaschutz auszurichten Innovationsstrategie voranzutreiben und mit dieser Positionierung im globalen Maßstab Marktpositionen zu erobern,
- ▶ darauf abgestimmt, im Rahmen einer gesamtösterreichischen Infrastrukturstrategie, die Zukunft der österreichischen Verkehrsinfrastruktur, „smarte und sichere“ Energieversorgungssysteme sowie moderne Forschungsinfrastrukturen zu entwickeln,
- ▶ im überregionalen und regionalen Standortwettbewerb um Know-how, Führungskräfte, Headquarters, Forschungsgelder, qualifizierte ArbeitnehmerInnen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen (Steuersystem, Zuwanderungs- und Integrationspolitik, Partnerschaft öffentlicher Institutionen).

Die folgenden konzeptiven Ausführungen zur **wirtschaftsbezogenen Raumentwicklungspolitik** gehen daher von einer Wirtschaftsentwicklungsstrategie aus, die sich im umfassenden Sinn den genannten Herausforderungen stellt. Die Strategien der Wirtschaftsentwicklung und die regional und räumlich zu differenzierenden Entwicklungsstrategien, sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass

- ▶ möglichst alle Regionen des Landes an der Wirtschaftsentwicklung partizipieren und gestärkt aus den nächsten Phasen hervorgehen (Konvergenz der regionalen Wirtschaftskraft in Österreich)
- ▶ die regionalen Strategien und Maßnahmen zur wirtschaftliche Entwicklung bei aller Verschiedenheit der sektoralen und räumlichen Ausprägungen auf die übergeordneten Strategien Bezug nehmen, v.a..
 - die innovations- und wissensbasierte Ökonomie als zentralen Bereich im globalen Wettbewerb und im obigen Sinn (Bezug zu Ressourceneffizienz) zu stärken,
 - die Standortqualität im regionalen/überregionalen Kontext zu stärken,
 - die Qualifizierung bei MitarbeiterInnen, WissensträgerInnen und bei der Unternehmensentwicklung kontinuierlich auf die Innovations- und Wachstumsbereiche auszurichten,
 - die Produktion und Verteilung von Gütern in innovativen, klimarelevanten Bereichen in besonderer Weise zu unterstützen und damit,
 - die Nutzung regionaler Ressourcen im umfassenden Sinn sowohl zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (und damit der regionalen Wirtschaft) als auch als Beitrag zum Klimaschutz voranzutreiben.

Die Institutionen, Partner und AkteurInnen der regionale Wirtschaftsentwicklung sind dazu eingeladen, Beiträge in diesem Sinn zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung zu leisten. Es sind dies „gestaltende Institutionen“, wie

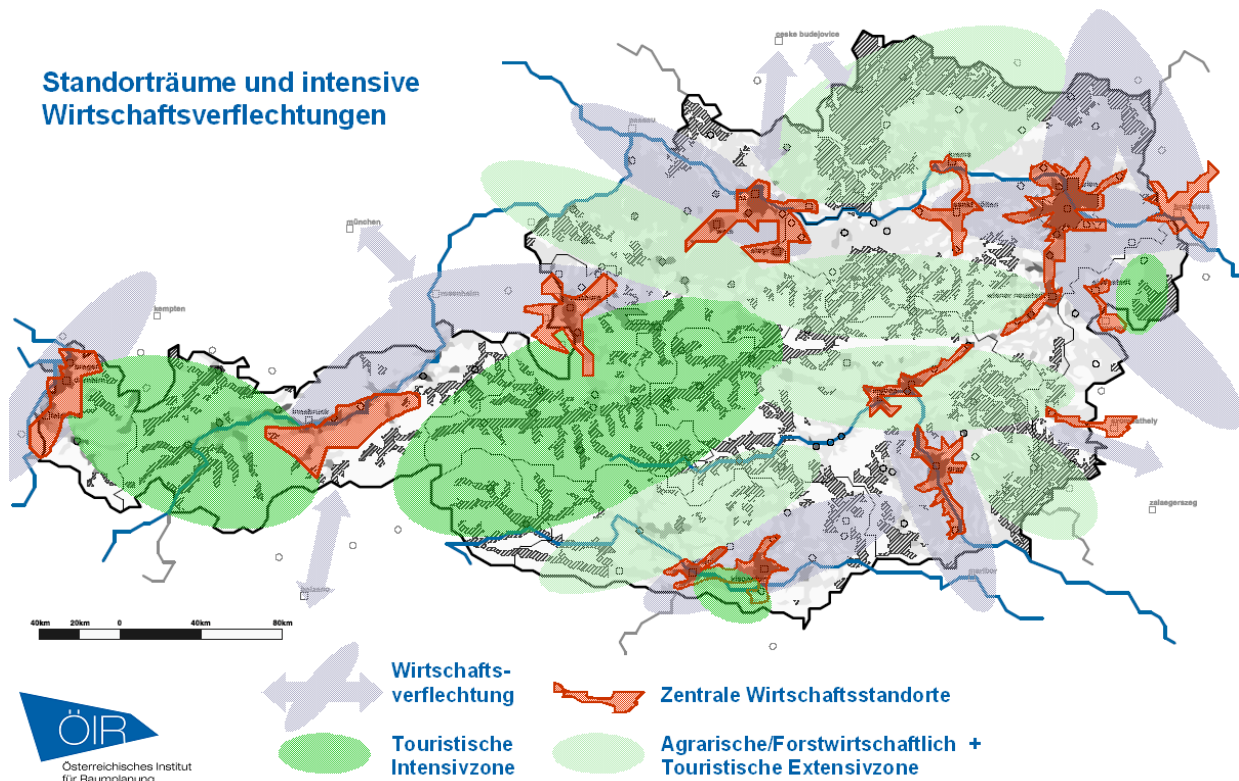
- ▶ Politik/Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene,
- ▶ Unternehmen und sozialpartnerschaftliche Institutionen,
- ▶ Wissens- und Bildungssystem, Infrastruktursystem,
- ▶ Intermediäre, regionale Initiativen und Entwicklungsagenturen,

die im eigenen Bereich darauf hinwirken können und die zur Ausarbeitung und Umsetzung wirtschaftsbezogener Raumentwicklungsstrategien im regionalen und/oder überregionalen Kontext angesprochen werden. Einzubeziehen sind dabei relevante sektorale Politiken (wie Wettbewerb, Verkehr, Wissens-System, Agrarpolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik) und der Bereich der Territorialen Agenda im umfassenden Sinn, u.a. die Anwendung der Analyse der räumlichen/regionalen Wirkungen auf sektorale (EU-)Politiken.

Generell ist die Ausbildung und die im Beruf erworbenen Qualifizierungen der ArbeitnehmerInnen ein Schlüsselfaktor erfolgreicher regionaler Entwicklung. Ohne die hohe Qualität des Bildungssystems und der Weiterbildungsstrukturen können weder die im Handlungsfeld „Endogene Potentiale“ noch die im Handlungsfeld „Regionale Innovationspolitik“ dargestellten Ansätze zur Unterstützung regionaler Entwicklung wirksam werden. Daher ist auch der kontinuierliche strukturelle Wandel vom produzierenden zum Dienstleistungsbereich durch begleitende Qualifizierungsmaßnahmen aktiv zu unterstützen, um ArbeitnehmernInnen den Umstieg zu erleichtern.

Die folgende Darstellung versucht, ein vereinfachtes **Strukturmodell der österreichischen Wirtschaftsregionen** zu geben. Mit dem Bild wird keine normative Aussage verbunden, es stellt eine auf die Zukunft gerichtete Erwartung der räumlichen Schwerpunkte des österreichischen Wirtschaftsgeschehens dar, auf die strategische Überlegungen in räumlicher Hinsicht formuliert werden sollten. Davon ausgehend sind die in den Abschnitten davor gemachten analytischen Aussagen und die im folgenden dargestellten Strategien und Maßnahmen auf die unten dargestellten Räume bezogen. Eine weitere Differenzierung würde sich durch die Überlagerung mit einer kleinräumig differenzierten Bevölkerungsprognose ergeben, etwa zur Darstellung von peripher gelegenen Räumen mit Abwanderungstendenz (siehe Ergebnisse der AG II).

Abbildung 13 Räumliches Schema: Wesentliche Standorträume und Wirtschaftsverflechtungen (funktionale Standorträume)



Quelle: Eigener Entwurf

3.2 Strategie und Handlungsfelder zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Die wirtschaftsbezogene Raumentwicklungsstrategie geht davon aus, dass in Österreich – im oben dargestellten Sinn – ein Übergang zu einer stärker auf die effiziente Verwendung von Ressourcen ausgerichtete, wissens- und technologiebasierte Ökonomie eingeleitet wird. Neue Wachstumsmuster, die stärker auf den hierfür spezifischen Anforderungen an Wissen und Marktzugängen basieren, werden wesentliche Impulse für die Entwicklung in Österreich setzen. Die wirtschaftsbezogene Raumentwicklungsstrategie soll diesen inhaltlichen Strukturwandel, der im Kern mit Produktion und Verteilung von Gütern, Energiesystemen, Infrastruktur und Siedlungsstruktur zu tun hat, substanziell unterstützen. Sie trägt dazu bei,

- ▶ die Innovationsfähigkeit von Regionen und Lernkapazität von BewohnerInnen zu steigern,
- ▶ regionale Ressourcen im umfassenden Sinn zu nutzen, Energie- und Rohstoffeffizienz von Produktion und Verteilung zu verbessern und so Klimaschutz und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung voranzubringen,
- ▶ Standortqualitäten auszubauen und kritische Größen zu schaffen, um im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu sein und dabei auch grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen zu stärken und
- ▶ eigendynamische, integrierte und geschlechtergerechte Entwicklungen unter Nutzung der Vielfalt der österreichischen Regionen zu unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei – in räumlicher Hinsicht – auf der Anbindung, Vernetzung und Integration von wirtschaftlich schwächeren Regionen an die Zentren der Innovations- und Forschungsaktivitäten.

Entsprechend der strategischen Herausforderungen und der gegebenen Zielsetzungen sollen folgende **drei Handlungsfelder** und die in ihnen formulierten Entwicklungsstrategien wesentlich zu den übergeordneten Zielsetzungen beitragen:

Handlungsfeld Regionale Innovationspolitik

Dieses Handlungsfeld ist darauf ausgerichtet, die Stärkung der Wissensbasis und Innovationskraft von Unternehmen, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen zu unterstützen. Im strategischen Sinn gilt es, die Maßnahmen klar auf die genannten Anforderungen der Zukunft auszurichten. Im österreichischen Kontext sind die Erfordernisse kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen, die Verankerung des Innovationsansatzes in allen Regionstypen und Wirtschaftszweigen und die Befähigung, in wachsenden, zunehmend kompetitiven internationalen Wirtschaftsräumen zu bestehen, weitere Eckpfeiler der Strategie. Es wird das darauf ausgerichtete, bestehende FTI- und KMU-Entwicklungsinstrumentarium zum Einsatz gebracht und auch innovationsrelevante, unternehmensbezogene Qualifizierungsmaßnahmen angeboten.

Dass diese Strategie auch regionales Beschäftigungswachstum zu ermöglichen ist, ist nur durch die Qualität der Ausbildung und durch Qualifizierungsmaßnahmen von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen in Hinblick auf die sich rasch ändernden Erfordernisse zu gewährleisten (wissensbasierten, innovationsorientierte Wirtschaft, Strukturwandel vom gewerblich-industriellen zum

Dienstleistungssektor). Die Stärkung der Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen wird hier im umfassenden Sinn verstanden, beruhend auf dem Ansatz des (individuellen) Lebensbegleitenden Lernens – sie ist aber sehr eng mit der strukturellen Veränderung regionaler Wirtschaftsschwerpunkte verbunden.

Handlungsfeld endogene regionale Potenziale

Das Handlungsfeld endogene Potenziale soll dazu beitragen, die Möglichkeiten zur ökonomischen Entfaltung im regionalen Kontext in einem umfassenden, neuen Verständnis zu erkennen und zu entwickeln. Ausgangspunkt bei diesem Ansatz ist die Bewertung vorhandener Ressourcen in der Region; eine Bewertung, die vor sich verändernden Rahmenbedingungen laufend neu und mit anderen Ergebnissen erfolgen muss, beispielsweise im Sektor Energie. Ausgehend von einem solchen regionsspezifischen Sichtungs- und Bewertungsverfahren können maßgeschneiderte Ansätze zur Unterstützung der regionalen Wirtschaftsentwicklung gefunden und angewendet werden – wobei die Strategieentwicklung grundsätzlich völlig offen in Hinblick auf die Art der Regionen und deren Ressourcen ist, z.B. natürliche Ressourcen, sektorale Stärken, Kenntnisse und Qualifizierungen von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen. Als Beispiel hierfür können regionale Jobbörsen dienen (wie z.B. www.jobwald.at), die auch höher qualifizierte Stellen anbieten (welche oft nicht über das AMS vermittelt werden) und so auch besser qualifizierte Arbeitskräfte (ev. mit persönlichem Bezug) in die Region bringt. Die Erzeugung erneuerbarer Energien, Umweltinvestitionen und Steuerungsmaßnahmen zur Pflege und Nutzung von kulturlandschaftlichen Werten sind weitere Beispiele, die Impulse für die Wirtschaftsentwicklung geben können.

Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung

Durch eine adäquate Entwicklung des regionalen Umfeldes sollen die Voraussetzungen für die Erbringung von wettbewerbsfähigen Wirtschaftsleistungen, v.a. durch attraktive Standorträume, durch die Konzeption verbesserter Verkehrsverbindungen (u.a. in Richtung der neuen Mitgliedsstaaten), durch die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, zu schaffen. Die Sicherung von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen vor Naturkatastrophen durch Maßnahmen der Risikoprävention und Risikoreduktion trägt ebenfalls zur Verbesserung der Umfeldbedingungen bei. Wesentlich ist die Verbesserung der Koordination und der Planungs-/Umsetzungskapazität in eng verflochtenen Standorträumen, etwa im Stadt-Umland-Bereich oder in Regionen mit polyzentrischer Siedlungsstruktur, Besonders erschwert ist die Koordination dann, wenn es sich um grenzüberschreitend verflochtene Räume handelt.

Governance als entscheidende Umsetzungsstrategie für die drei Handlungsfelder

Die drei Handlungsfelder sind in ihrer Entwicklung und Umsetzung wesentlich auf – den jeweils unterschiedlichen regionalen Ausgangssituationen angepasste – moderne Governance-Strategien angewiesen: Nur die enge, zielgerichtet organisierte und kontinuierliche Kooperation (regionaler) Schlüssel-AkteurInnen und Institutionen ermöglicht eine erfolgreiche Strategieumsetzung. Daher ist diesem Umsetzungsaspekt eine hohe Aufmerksamkeit zu widmen.

3.3 Handlungsfeld regionale Innovationspolitik

Regionale Wissensbasis und Innovation

Ziel ist es, die Stärkung der Wissensbasis und Innovationskraft von Unternehmen, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen zu unterstützen, mit besondere Betonung der eingangs dargestellten übergeordneten Zielvorstellung, innovativ in klimaschutzrelevanten Bereichen zu sein. In Österreich sind für die Gestaltung der Maßnahmen aufgrund der gegebenen Wirtschaftsstruktur die Erfordernisse kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen prägend. Die Verankerung des Innovationsansatzes in allen Regionstypen und die Befähigung auch kleinerer Unternehmen, in großräumigen, zunehmend kompetitiven internationalen Wirtschaftsräumen zu bestehen, sind wesentlich für den Erfolg der Strategie. Das FTI- und KMU-Entwicklungs-Förderinstrumentarium wird in diesem Sinn eingesetzt und durch passende (weiter-) Qualifizierungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen und Unternehmen ergänzt.

Die Strategie verwendet deshalb einen umfassenden Innovationsbegriff, wie ihn auch die EK definiert, und der auch nicht-technologische (organisatorische, logistische, finanz- und personalwirtschaftliche, vermarktungsrelevante und designorientierte) Innovationen einschließt.

Strategie

- ▶ Erhöhung der F&E-Aktivitäten und der Innovationsorientierung der Wirtschaft und wirtschaftsnaher Einrichtungen² (z.B. wirtschaftsnahe Infrastruktur und Unternehmensförderung), mit dem Fokus auf bestehenden Unternehmen und Gründungen
- ▶ Verbesserung der Ressourcenproduktivität bei Produktion, Verteilung und Nutzung von Sachgütern in Bezug auf Rohstoffe und Energieverbrauch, als zentrale Ausrichtung der Innovationspolitik, durch entsprechende Positionierung auch zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
- ▶ Eine intensivere Ausrichtung und Stärkung der Wissensbasis und Innovationskraft von Unternehmen, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen sowie von Organisationen/Verbänden; die „Strategie des Stärken stärken“ steht dabei als Ausgangspunkt, um im internationalen Umfeld Erfolg haben zu können, soll aber mittelfristig zu einer Verbreiterung der Wirtschaftsbasis führen
- ▶ Bewusstseinsbildung bei regionalen AkteurInnen hinsichtlich der Bedeutung und der Wirkungen von Innovation (als Entwicklungsvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg), Wecken des Informationsstandes über Möglichkeiten und Zugänge zu innovatorischen Aktivitäten – ausgehend von der Grundausbildung und dem regionalen Bildungssystem
- ▶ Unterstützung des Übergangs zur wissensbasierten Wirtschaft- und Gesellschaft auf breiter Front, um die Schaffung neuer Wachstumsmuster in Österreichs Wirtschaft zu ermöglichen; Erhöhung der Anteile der InnovatorInnen in allen Wirtschaftszweigen, d.h.

² Die mit technischer Innovation häufig verbundene Produktivitätssteigerung kann zu Arbeitskräfteabbau führen, was nur durch den größeren Erfolg neuer Produkte und Produktionsverfahren durch Anteilsgewinne auf dem Markt ausgeglichen werden kann.

auch bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Verkehr und Logistik, Sozialwirtschaft.

- ▶ Steigerung der Innovationsquote bei Unternehmen, wobei hier ein besonderer Fokus auf den in Österreich besonders wichtigen KMU mit Augenmerk auf die kleinsten Unternehmen (K-KMU) liegt; dieses Ziel inkludiert neben dem Sachgüterbereich auch produktionsorientierte Dienstleistungen, Tourismus, Logistik und Verkehrsdienstleistungen, soziale Dienste und bezieht sich generell auch auf soziale, institutionelle und organisatorische Innovationen (entsprechend des umfassenden Innovationsbegriffs)
- ▶ Die Stärkung und Erleichterung grenzüberschreitender und international ausgerichteter Wirtschaftsaktivitäten, was aufgrund des hohen Anteiles sehr kleiner Unternehmen und der Lage an der Grenze zu den neuen Mitgliedsstaaten essentiellen Charakter einnimmt (u.a. in Programmen zur Territorialen Kooperation, die im STRAT.AT als horizontale Priorität 5 verankert werden).

Die Strategie zielt darauf ab, den Ansatz der wissensbasierten, innovationsorientierten Wirtschaftsentwicklung mit einer breiten regionalen Verankerung zu versehen und dabei möglichst alle Landesteile einzubeziehen. Dies ist auch als wesentliches Pendant zu der sehr stark auf Wettbewerbsfähigkeit abzielenden Exzellenzstrategie zu sehen, wie sie in der FTI-Politik vorgehen ist.

Maßnahmen Regionale Innovationspolitik

Maßnahmengruppe 1: Potenzialräume, Cluster und Netzwerke	Träger	Aufgabe
1. Ermittlung qualitativ hochrangiger Potenzialräume, aufbauend darauf: Strategieentwicklung im Sinne von „Stärken stärken“	L (+ B)	– Suche nach und Untersuchung von regionalen Potenzialräumen – Evaluierung von regionalen Potentialräumen als weiterer Schritt – Definition hochrangiger Potenzialräume
2. Aufbau/Förderung regionaler/thematischer Cluster; in Zukunft zunehmend auch themen- und grenzübergreifend; weiters auch in Sektoren wie Tourismus, Lebensmittel, Gesundheit etc. Umfassendes Spektrum: Produktentwicklung, Produktionsverfahren, Aus- und Weiterbildung, Marktforschung u.s.w.	L (+ B)	– Aufgabe der regionalen Innovationsagenturen und –systeme, Netzwerke und Organisationen, zur konzeptionelle Weiterentwicklung und Verbreiterung des Innovations-Ansatzes
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Flächendeckende Strategie, ausgehend von bestehenden Innovationszentren Innovations- und Clusterstrategie wird in anderen als den traditionellen (technologie- und gewerbeorientierten) Wirtschaftsbereichen angewendet		Entstehung neuer Innovations-„Pole“ in bisher weniger intensiv beteiligten Regionen Erleichterung des Zugangs von KMUs, besonders aus peripheren Standorten, durch neue (regional relevante) Themen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Maßnahmengruppe 2: Regionales Innovationsmanagement	Träger	Aufgabe
<p>3. Regionales Innovationsmanagement – Innovationsnetze, Standortagenturen der Länder;</p> <p>Organisationsentwicklung und Positionierung der verschiedenen Institutionen der Regionalentwicklung (Aufgabenteilung, Verhältnis zu Verwaltung und Unternehmen)</p>	<p>L = Träger, B = Förderprogramm</p> <p>Rat für Forschung und Entwicklung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Regionale Innovationssysteme stärken, (konzeptionell) weiterentwickeln, – Weiterentwicklung und Stärkung des regionalen Innovationsmanagements – Erfahrungsaustausch z.B. von Impulszentren (Voneinander lernen), Bewertung und Vergleich regionaler Systeme – Integratives Denken – Verknüpfung mit Bildung (Bildungsstandorte) – als Teilaufgabe: Betonung der Vernetzung von zentralen und peripheren Landesteilen
<p>4. Regionale Innovationen mit inhaltlichen Schwerpunkten fördern (Ausrichtung der Förderpolitik) –, Impulszentren entwickeln</p>	<p>L = Träger, B = Förderg.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Sondierung in Aufbauphase – inhaltliche Schwerpunktbildung – Integrativ – mit Bildungseinrichtungen, Bewusstseinsbildung
<p>5. Intensivierung der Kooperation betrieblicher und universitärer sowie außeruniversitärer Forschung; verstärkte Förderung von wirtschaftsorientierten F&E-Institutionen</p>	<p>B (+ L)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wesentlich (FHs, Forschungsinstitute etc.) – verstärkte Förderprogramme
<p>6. Unterstützung von KMUs bei Vernetzungsmaßnahmen und Informationsbeschaffung</p>	<p>B (+ L)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Erleichterung der Vernetzung kleiner und kleinster Unternehmen durch regionale Agenturen und Förderung
<p>7. Bewusstseinsbildung in Regionen hinsichtlich der Bedeutung von Innovation</p>	<p>B + L</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Bewusstseinsbildung von Schulen bis zur regionalen Öffentlichkeit und Politik – Hervorheben von „neuen“ bzw. konkreten Aspekten der Innovationsstrategie
<p>8. Aufbau regionsübergreifender Wissensnetzwerke (für Wertschöpfungsketten) und interregionaler Cluster</p>	<p>B + L</p>	<ul style="list-style-type: none"> – kooperativer Aspekt: gemeinde-, bundesländer- oder nationale Grenzen überschreitend
<p>Räumlicher Bezug</p>		<p>Angestrebte räumliche Wirkung</p>
<p>Die bestehenden Innovationssysteme (z.B. Kompetenz- und Innovationszentren, F&E- und Bildungseinrichtungen) werden verstärkt und zur Integration aller Landesteile (Regionen) ausgerichtet</p>		<p>Ausbreitung des Zugangs zu Zentren und Netzen</p> <p>Steigerung der Vernetzungsintensität von KMUs, besonders aus peripheren Standorten</p> <p>Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit</p>

Beschäftigungswachstum und Qualifizierung

Ziel ist, regionales, qualifiziertes Beschäftigungswachstum zu ermöglichen. Ausgehend von einer darauf ausgerichteten Grundlage im regionalen Bildungssystem, die Offenheit und das Interesse von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen für die sich rasch ändernden Qualifikationsanforderungen vermittelt, geht es im weiteren Berufsleben um die Stärkung der Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen im umfassenden Sinn. Der Ansatz des (individuellen) Lebensbegleitenden Lernens, der hier für Qualifizierungsmaßnahmen zum Einsatz kommt, wird gedanklich auch auf die kontinuierliche Weiterentwicklung der regionalen Wissensbasis übertragen, die ja den wirtschaftlichen Strukturwandel tragen muß.

Als Prinzipien werden die Entwicklung des Wissenspotenzials beider Geschlechter, die durchgängige Anwendung des Prinzips der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming) sowie innovative, an den regionalen Kontext angepasste, transnationale und interregionale Kooperationen eingesetzt.

Die Strategie besteht darin,

- ▶ das Bildungssystem umfassend und frühzeitig in die Innovationsorientierung der Region zu integrieren und als tragendes Element beim Aufbau der regionalen Wissensbasis so offen wie möglich für die künftigen Herausforderungen wirken zu lassen,
- ▶ die Aufnahme- und Anpassungskapazität von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen für neue Qualifikationen zu unterstützen,
- ▶ die Stärkung des regionalen Humankapitals im umfassenden Sinn zu unterstützen (Lebensbegleitendes Lernen bei individueller Gestaltung des beruflichen Lebensweges).
- ▶ den Zugang zu Arbeit und zur Prävention von Arbeitslosigkeit zu verbessern,
- ▶ die Chancen der (Wieder-) Eingliederung auf den Arbeitsmarkt zu steigern, dadurch die Entstehung von Armut und Diskriminierung pro-aktiv zu verhindern,

Wesentlich ist bei der Anwendung dieser Strategie, dass sie auf spezifische regionale Kontexte, Unternehmen/Branchen und deren künftige Anforderungen hin ausgerichtet wird. Der Ansatz der TEPs, die Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der regionalen Ebene mit Beteiligung der Sozialpartner zu steuern, ist hier wegweisend und sollte auf den Bereich Bildung ausgeweitet werden.

Maßnahmen innovationsorientierte Bildung und Qualifizierung

Maßnahmengruppe Bildung und Qualifizierung	Träger	Aufgabe
1. Förderung von Human Development (gezielte Förderung: Identifizierung der relevanten Zielgruppen – Ausbildung – Entwicklung, in unterschiedlichen Räumen)	B = Träger, L = regionale Fokussierung	– ad Maßnahme 2 – Ressourcenbesteuerung und damit Entlastung des Faktors Arbeit als möglicher Ansatz z. B. Bildungskarenz
2. Setzung von (regional differenzierten) Bildungsschwerpunkten durch Akteure/Partner der „gesamten“ Wirtschaft (Bund, Länder, Gemeinden, Städte, Unternehmen, F&E-Institutionen, Kammern/Interessensvertretungen, regionale Akteursnetzwerke, AMS) Analoger Aufbau zu den innovativen Ansätzen der regionalen Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der TEPs	L = Träger, B = Förderprogramm	– Ausweitung des TEP-Ansatzes auf das Bildungssystem – TEPs im Bereich der Arbeitsmarktpolitik europaweit als Best Practice zitiert – Akteure: Gemeinden – Neuer Aspekt: Verschränkung mit Akteuren der Wirtschaftspolitik
3. Aufwertung von Bildung und Qualifikation im regionalen Bewusstsein (allgemein und Lebensbegleitende Lernchancen im Besonderen)	L = Träger	– Maßnahme zur Bewusstseinsbildung – neben Lernchancen auch dezentrale Angebote in entsprechender Infrastruktur – auch: verbesserter Zugang zu Breitbandinfrastruktur (vgl. AG „Verkehr und Mobilität“)
4. Impulse für KMUs – Zugang zu innovationsorientierten Qualifizierungsmaßnahmen stärken, z.B. Ausbildung/Förderung von InnovationsmanagerInnen	L = Förderprogramme	– Qualifizierung der Ausbildung (Tourismus) – Erleichterung des Zugangs von Qualifizierungsmaßnahmen auch zukünftig von Bedeutung – Best Practice: Vorarlberg Bildungsoffensive
Räumlicher Bezug	Angestrebte räumliche Wirkung	
Ausgehend von bestehenden Innovationszentren und –netzen werden alle Landesteile (Regionen) integriert Die Innovationssysteme umfassen Partner und Vernetzer in allen Regionen des Landes	Ausbreitung des Zugangs zu Zentren und Netzen Steigerung der Vernetzungsintensität von KMUs, besonders aus peripheren Standorten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	

3.4 Handlungsfeld endogene regionale Potenziale

Ziel im Handlungsfeld endogener Potenziale ist es, die Möglichkeiten zur ökonomischen Entfaltung im regionalen Kontext in einem umfassenden, neuen Verständnis zu erkennen und zu entwickeln. Ausgangspunkt bei diesem Ansatz ist die Bewertung vorhandener Ressourcen in der Region; eine Bewertung, die vor sich verändernden Rahmenbedingungen laufend neu und mit anderen Ergebnissen erfolgen muss. Ausgehend von einem solchen regionsspezifischen Sichtungs- und Bewertungsverfahren können maßgeschneiderte Ansätze zur Unterstützung der regionalen Wirtschaftsentwicklung gefunden und angewendet werden – wobei die Strategieentwicklung grundsätzlich völlig offen in Hinblick auf die Art der Regionen und deren Ressourcen ist, z.B. natürliche Ressourcen, sektorale Stärken, Kenntnisse und Qualifizierungen von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen. Umweltinvestitionen und Steuerungsmaßnahmen zur Pflege und Nutzung von kulturlandschaftlichen Werten sind weitere Beispiele, die Impulse für die Wirtschaftsentwicklung geben können. Im weiteren Sinn gilt dies auch für den gesamten Bereich des Gesundheitswesens, der Gesundheitserhaltung und Rehabilitation, die in einer älter werdenden Gesellschaft stetig an Bedeutung gewinnen.

So wird dieser Ansatz oft in Verbindung gebracht mit der Nutzung natürlicher Ressourcen, z.B. bei der Erzeugung von Energie in ländlich geprägten Regionen mit geringer Wirtschaftsleistung. Als generelles Verständnis ist es jedoch viel allgemeiner anwendbar, etwa bei Maßnahmen zur Unterstützung von MigrantInnen zur Integration und zur Nutzung ihrer spezifischen Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Stärkung ihrer eigenen wirtschaftlichen Basis und damit jener der Region

Strategie

- ▶ Erarbeitung von thematisch offen ausgerichteten Analysen endogener Potenziale, regelmäßig wiederkehrend, unter Bezugnahme auf sich laufend verändernde Rahmenbedingungen
- ▶ Fokussierung und Schwerpunktsetzung auf realistische „Regionsthemen“, Federführung durch geeignete Institutionen unter Einbeziehung aller relevanten Wirtschaftsakteuren und Ordnungsinstitutionen
- ▶ Förderung der Entstehung von themenbezogenen (Impuls-) Projekten, Wissens- und Vernetzungskernen, die als Verankerung für eine Unternehmensgründung und –entwicklung in der Region fungieren können
- ▶ Die Erhaltung und gleichzeitige Nutzung von natürlichen Ressourcen (wie z.B. von nachwachsenden Rohstoffen) durch Innovationen und von kulturlandschaftlichen Werten durch Managementkonzepte und Steuerungsmaßnahmen
- ▶ Sicherung der zentralörtlichen Funktionen und infrastruktureller Ausstattung in Räumen geringerer Besiedlungsdichte und wirtschaftlicher Aktivität – als Voraussetzung für die Entwicklung regionaler Potenziale

Beispiele für Regions-Themen:

- ▶ Erzeugung/Versorgung mit nachhaltiger Energie aus regionalen Ressourcen, Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Reduzierung der Importabhängigkeit (z.B. Biomasse, Biogas, Energiepflanzen, Photovoltaik, Windkraft, Klein-Wasserkraft etc.)

- ▶ Nutzung von Landschaft als Ressource im weitesten Sinn (z.B. für Tourismus, Wohnen, als weicher Standortfaktor)
- ▶ Naturgefahrenprävention als konkretes Anliegen und als Wissensressource mit internationaler Relevanz
- ▶ Baukultur, vorhandene Bau-Substanz und Kenntnisse als Ressource
- ▶ Nutzung spezifischer Ressourcen alt-industrialisierter Regionen
- ▶ Offerierung flexibler, gestaltbarer Räume für bestehende, neue/zukünftige Dienstleistungen
- ▶ Regionalwirtschaftliche Vernetzung und Nutzenstreuung ausgehend von Infrastruktur-Investitionen (z.B. Tourismus-Impulsprojekte)
- ▶ Regionale Profilierung im Tourismus (Identitätsfindung – darauf abgestimmte Angebots- und Vermarktungsentwicklung)
- ▶ Weiterverarbeitung und Veredelung Land- und Forstwirtschaftlicher Produktion, Produktentwicklung und Vermarktung
- ▶ Integration von Zuwanderern in Gesellschaft und Wirtschaft als Voraussetzung zur Nutzung ihres Entwicklungspotenzials; Stärkung lokaler (ethnischer) Ökonomien, Einbringen spezieller (Landes- und Sprach-) Kenntnisse in eine international ausgerichtete Wirtschaft
- ▶ Freiräume und Begegnungszonen zu Förderung Kreativwirtschaftlicher Ansätze

Wesentlich für die erfolgreiche Umsetzung dieses Ansatzes scheint die Verankerung einer regional federführenden Institution zur Erstellung und Kommunikation von „Regionsthemen“ und dazugehörigen Leitprojekten. Die Unterstützung im Rahmen der übergeordneten Entwicklungsstrategie eines Landes und die Eingliederung in die vorhandene institutionelle Struktur scheinen dabei ebenso wichtige Erfolgsvoraussetzungen wie eine starke regionale Verankerung mit Beteiligung von Gemeinden, Bildungseinrichtungen und Unternehmen.

Maßnahmen im Handlungsfeld Endogene regionale Potenziale

Maßnahmengruppe 1: Regionsthemen und Impulsprojekte	Träger	Aufgabe
<p>1. Unterstützung von Impulsprojekten mit regionaler Vernetzungsfunktion, intensiver Einbettung in regionale Wirtschaftskreisläufe, dazu regional abgestimmte Infrastrukturmaßnahmen</p> <p>Einrichtung von auf Regionsthemen ausgerichteten Entwicklungsprozessen, zur Initiierung von Projekten und Unternehmen; Motivierung, Beratung und Unterstützung regionaler Akteure, regionale Potentiale zu heben</p>	L = Träger, Regionale Ebene als Partner	<ul style="list-style-type: none"> – Zonen als Potenzialräume definieren (z.B. Landesentwicklungsplan Burgenland, z.T. auch auf regionaler Ebene definiert – Regionalmanagement Tirol) – Beachtung wechselnder Bezugsräume und auch verschiedener institutioneller Zuständigkeiten – partizipative Prozesse in der Region bedeutend auch für Identitätsbildung – Fokussierung auf ein regionales Thema, nicht auf ein einzelnes Projekt
<p>2. Verankerung regional federführender Institutionen zur Erstellung/Kommunikation von „Regionsthemen“ und Leitprojekten und der Erstellung „raumbezogener Businesspläne“</p>	L = Träger, Regionale Ebene als Partner	– Einbindung wesentlicher regionaler AkteureInnen, Unternehmen, Gemeinden, Interessensvertretungen (analog zu TEPs, z.B.)
<p>3. Regionale Entwicklungs- und Steuerungssysteme zur Beurteilung und Positionierung für ausgewählte Wirtschaftssektoren</p>	L = Träger, Regionale Ebene als Partner	– z.B. im Bereich „integrativer Tourismus“
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
<p>Integration von Landesteile (Regionen) mit ausgesprochenen Entwicklungsschwächen und Mängeln beim Zugang zu bestehenden Innovationszentren und –netzen</p> <p>Regional angepasste Themensetzung zur Entwicklung gegebener Stärken und zum Anknüpfen an vorhandene Einrichtungen/Unternehmensgruppen</p>		<p>Schaffung von Information, Umfeld- und Marktbedingungen, die Gründungen und Unternehmensausbauten begünstigen, besonders für periphere Standorte</p> <p>Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit</p>

Maßnahmengruppe 2: Sektorübergreifende Synergien und Wertschöpfungsketten	Träger	Aufgabe
<p>4. Förderung der multifunktionellen Landwirtschaft mit Bereichen: Produktion, umweltgerechte Produktion auch im Berggebiet und sonstigen benachteiligten Gebieten, Landschaftspflege, bauliche und kulturelle Substanz, sozialer Zusammenhalt, Versorgungssicherheit der Bevölkerung;</p>	B = Träger, und Förderprogramm, L = operativer support	<ul style="list-style-type: none"> – Aufrechterhaltung von Mindestbewirtschaftung und Siedlungsdichte in benachteiligten Gebieten – Vernetzung zwischen Landwirtschaftsförderung und anderen sektoralen Förderungen; Anreize für Kooperation und Vernetzung mit anderen Sektoren stärken (z.B. Ernährungswirtschaft, Tourismus)
<p>5. Schaffung sektorübergreifender Win-Win-Situationen, z B. touristische Infrastruktur – Nahversorgung; Regionale Mobilitätskonzepte – Impuls für Tourismus- und Freizeitbereich</p>	L = Träger, Regionale Ebene und Gemeinden als Partner	– sektorübergreifende Bündelung öffentlicher und privater Maßnahmen, z.B. „integrative Tourismusentwicklung“
<p>6. Regionale Strategien zur Angebotsentwicklung und von Dienstleistungsketten im Tourismus (mit Themenorientierung)</p>	L = Träger, Regionale Ebene als Partner	– Erhöhung der Beteiligung regionaler Anbieter im Rahmen touristischen Dienstleistungsketten – z.B. durch regional fokussierte Leistungsausschreibungen etc.

Maßnahmengruppe 2: Sektorübergreifende Synergien und Wertschöpfungsketten	Träger	Aufgabe
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Landesteile (Regionen) mit starker Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, Landschafts- und Tourismuspotenzial		Regional abgestimmte Verknüpfung von Entwicklungspotenzialen aus z.B. Ernährungswirtschaft, Tourismus, Landschaftspflege, öffentlichen Dienstleistungen (u.a. bei Mobilität und Versorgung)

Maßnahmengruppe 3: Bündelung kommunaler Aufgaben	Träger	Aufgabe
7. Bündelung kommunaler Aktivitäten zur Sicherung der Versorgungsqualität (Zusammenlegung von Gemeinden und/oder von gemeindlichen Funktionen; Bündelung regionaler Unterstützungsinstitutionen (z.B. Regional-, LEADER-Managements etc.))	L = Führungsfunktion, G = Partner und Träger, Gemeindeverbände	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherung einer Grundversorgungsqualität in peripheren Räumen; Förderung der Funktion über Gemeindegrenzen hinweg – Schaffung von Räumen und Trägerschaften für regionale Initiativen und für Entwicklungsimpulse
8. Schaffung von Kreativräumen/Lokalen/Orten der Begegnung und Interaktion zwischen Kultur, Kunst, Handwerk, Innovation und Technologie als Nährboden für Ideen und Projekte	L = Führungsfunktion, G = Partner und Träger	<ul style="list-style-type: none"> – Schaffung von Räumen für Initiativen – Förderung von Mischnutzungen (Handels-, Gewerbe-, Naturräume) – Förderung von Softmaßnahmen, wie z.B. Förderung der Kooperationen von/mit Vereinen, Unterstützung durch Beratung; ev. Nutzung von Leerständen
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Landesteile (Regionen) mit niedriger Siedlungsdichte, kleinen Gemeinden und längerfristiger Abwanderungstendenz		<p>Sicherung der Grundversorgung als Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten in schlecht erschlossenen Räumen</p> <p>Nutzung von Freiräumen und kreativen Potenzialen in peripheren Lagen, Verwertung von Leerständen</p>

Maßnahmengruppe 4: Integration, Ausbildung und Gründung	Träger	Aufgabe
9. Ergänzend zu bestehenden Gründerprogrammen: Spezielle Finanzierungsinstrumente und Zugangserleichterungen für GründerInnen mit Migrationshintergrund; für die Zielgruppen spezifisch verbesserter Zugang zu Information und Innovation	L = Förderprogramme	<ul style="list-style-type: none"> – Fokus auf einzelbetriebliche Förderung (Haftungen, Kreditvergabeerleichterungen) – Beratung und Begleitung (junger) UnternehmerInnen – Support für die nachhaltige Umsetzung von Ideen, Begleitung der weiteren Entwicklungsphasen von jungen Unternehmen (Erweiterung, Standortwechsel ...)
10. Förderung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten (in unterschiedlichen Bereichen, z. B. auch als Schwerpunkt: Aktivierung der Potenziale von Zuwanderern)	B + L = Förderprogramme	<ul style="list-style-type: none"> – Besondere Voraussetzungen von Personen mit Migrationshintergrund anerkennen: z.B. nichtzertifizierte Qualifikationen – Errichtung von regionalen Jobbörsen (z.B. Best Practice: „jobwald.at“)
11. Maßnahmen zur verbesserten Ausschöpfung regionalen Arbeitskräftepotenzials: Förderung von Arbeitskräften mit spezifischen Fähigkeiten, besonderen Qualifikationen	B + L = Förderprogramme	– wie oben

Maßnahmengruppe 4: Integration, Ausbildung und Gründung	Träger	Aufgabe
12. Verbesserung der Vorbereitung für Unternehmensgründungen im Bildungsbereich (Ausbildung für Unternehmertum in Berufsschulen, B- und AHS); Beratung stärken (z.B. AMS und WK)	B + L	– Frühzeitig Grundlagen für die Unternehmensentstehung legen, besonderer Fokus auf Personen mit Migrationshintergrund
13. Förderung von Bildungseinrichtungen (mit regionalem Hintergrund und Bezug zu regionale Entwicklungsstrategien)	B + L	– Bezug zu Maßnahme 1 (regionale Themenschwerpunkte) und zur besseren Integration von Personen mit Migrationshintergrund
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Städtische und regionale Bereiche mit Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund und mit hohem Entwicklungs- und Integrationsbedarf		<p>Verbreiterung des Zugangs zu unternehmerischen Aktivitäten</p> <p>Verbesserung der Chancen zur produktiven Umsetzung von Eigeninitiativen</p> <p>Nutzung des Wissens- und Vernetzungspotenziale von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund</p>

3.5 Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung

Durch eine adäquate Entwicklung des regionalen Umfeldes sollen die Voraussetzungen für die Erbringung von wettbewerbsfähigen Wirtschaftsleistungen, v.a. durch attraktive Standorträume, durch die Konzeption verbesserter Verkehrsverbindungen (u.a. in Richtung der neuen Mitgliedsstaaten), durch die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, zu schaffen. Die Sicherung von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen vor Naturkatastrophen durch Maßnahmen der Risikoprävention und Risikoreduktion trägt ebenfalls zur Verbesserung der Umfeldbedingungen bei. Wesentlich ist die Verbesserung der Koordination und der Planungs-/Umsetzungskapazität in eng verflochtenen Standorträumen, etwa im Stadt-Umland-Bereich oder in Regionen mit polyzentrischer Siedlungsstruktur, besonders erschwert dann, wenn es sich um grenzüberschreitend verflochtene Räume handelt.

Die Strategie zur Entwicklung des „Standorts Österreich in Europa“ soll auf **drei Säulen** aufbauen:

- ▶ Die vorhandenen – „harten“ wie „weichen“ – Standortqualitäten Österreichs sollen stärker und aktiver als bisher international positioniert und weiterentwickelt werden. Standorte sollen hochrangig ausgestattet sein, kritische Größen aufweisen, international verflochten, polyzentrisch ausgerichtet und regional integriert sein.
- ▶ Die Möglichkeiten grenzübergreifender Zusammenarbeit bei der Standortentwicklung der wichtigsten österreichischen Wirtschaftsräume sollen verstärkt genutzt werden.
- ▶ Die Vielfalt und Attraktivität der natur- und kulturräumlichen Gegebenheiten in den österreichischen Regionen soll als wertvolles Potenzial für die Standortentwicklung erhalten und weiterentwickelt werden.

Ergänzt werden diese drei Säulen durch die Umsetzung der Prinzipien der Nachhaltigkeit, v.a. im Bereich der Siedlungsentwicklung, die Einfluss auf das Verkehrsaufkommen und damit auf den Ressourcenverbrauch (Energie) hat. Dies schließt ein, die Grunddaseinsfunktionen in räumlicher Nähe zu mischen, die (geförderte) Wohnbautätigkeit an den öffentlichen Verkehr zu koppeln, um eine ausreichende Siedlungsdichte im Einzugsbereich herzustellen, und Aspekte der Energieeffizienz bei der Bebauungsplanung und den technischen Standards zu forcieren („Raumordnung der kurzen Wege“). Gender Mainstreaming als Querschnittsprinzip bzw. die Einbeziehung einer Genderperspektive in alle Bereiche soll dazu beitragen, diese Strategie weiter zu optimieren.

Analog zu den Zielen des EUREK soll eine räumlich ausgewogene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zur gesellschaftlichen Integration beitragen. Für ein in diesem Sinn erfolgreiche, integrierte und nachhaltige Standortentwicklung ist die enge Verknüpfung zwischen ordnungspolitisch orientierten Ansätzen der Raumplanung, der übergeordneten Infrastrukturplanung und den innovations- und prozessorientierten Instrumenten der Regionalentwicklung notwendig.

Ein Best Practice-Beispiel für die Umsetzung einer der hier vorgesehenen ähnlichen Strategie ist das seit vielen Jahren in der Schweiz laufende Programm Agglomerationspolitik des Bundes, das Gemeinden und Regionen in städtischen Agglomerationen für die Konzipierung und Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen der räumlichen Entwicklung Fördermittel und fach-

liche Unterstützung von der Bundesebene zur Verfügung stellt (auf Antrag, unter der Voraussetzung einer regionalen Kostenbeteiligung)

Strategie

- ▶ Entwicklung attraktiver Standorträume unter Beachtung einer ausgewogenen räumlichen Struktur und funktionaler und sozialer Durchmischung in den einzelnen Raumtypen. Beitrag zum Ausgleich der regionalwirtschaftlichen Disparitäten und zur Polyzentrischen Entwicklung i.S. des EUREK, die auf die Anbindung an und die Verflechtung von Städten und Regionen abzielt
- ▶ Nutzung und Weiterentwicklung bestehender, geeigneter Standorträume vor Schaffung neuer Standorte, dabei aktive Unterstützung des Strukturwandels in der Wirtschaft in Richtung einer stärkeren Mischung von Büro-, Forschungs- und Produktionsfunktionen (als Beitrag zur Attraktivierung der Standorte, zu einer effizienteren Flächennutzung und als bessere Voraussetzung für eine qualitativ ansprechende ÖV-Erschließung)
- ▶ Integrierte und nachhaltige Raumentwicklungspolitik durch enge Verknüpfung von ordnungspolitischen Ansätzen (Raumplanung) und innovations- und prozessorientierten Instrumenten der Regionalentwicklung
- ▶ Die Verbesserung von Verkehrswegen und Logistik mit dem Ziel der Umweltentlastung einerseits und der besseren Verbindung in die neuen Mitgliedsstaaten andererseits
- ▶ Die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Einsatz erneuerbarer Energien sowie von Umweltinvestitionen im Unternehmensbereich und im öffentlichen Sektor werden als zentrale, innovative Strategie gestärkt und auch dazu genutzt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, neue Märkte zu erschließen und gleichzeitig zur Erreichung des Kyoto-Zieles beizutragen
- ▶ Die Sicherung von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen vor Naturkatastrophen durch vorausschauende Planung, Maßnahmen der Risikoprävention und der Risikoreduktion in bestehenden Siedlungsgebieten

Integrierte Standortentwicklung (z.B. für Gewerbe- und Industrie, aber auch für Bürostandorte) erfordert, Infrastruktur- und Verkehrsplanung, Siedlungsentwicklung (Umfeld – Nutzungskonflikte), regionale Innovationspolitik und Maßnahmen einer strategisch ausgerichteten Flächenentwicklung eng miteinander abzustimmen und in Einklang zu bringen. Diese sektorübergreifende Abstimmung stellt eine wesentliche Herausforderung in diesem Handlungsfeld dar. Die zweite große Herausforderung besteht darin, die aus regionaler/übergeordneter Sicht geeigneten Standorte auszuwählen und mit den (konkurrierenden) Gemeinden eine Vereinbarung zur Bündelung der Entwicklungsmaßnahmen auf die besten Standorte zu erzielen. Interkommunale (= kooperative) Wirtschaftsstandorte können dabei eine (kleinräumige) Antwort sein, eine im umfassenden Sinn funktionierende Lasten- und Nutzenaufteilung zwischen Gemeinden einer Standortregion ist ein zweiter Ansatz, der wesentlich von übergeordneter Ebene (Land) getragen und unterstützt werden muss. Eine dritte Herausforderung besteht in peripheren Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur und Abwanderungstendenz, wo es gilt, durch Bündelung von Infrastruktur und Dienstleistungen kleinregional Mindeststandards aufrechtzuerhalten, um für Wirtschaftsbetriebe die Voraussetzungen für ihre Tätigkeit zu gewährleisten.

Maßnahmen im Handlungsfeld funktionale regionale Standortentwicklung

Maßnahmengruppe 1: Integrierte Standortentwicklung	Träger	Aufgabe
<p>1. Integrierte Standortentwicklung (z.B. für Gewerbe- und Industrie, Tourismus, Bürozentren), Verkehrsplanung, Siedlungsentwicklung (Umfeld);</p> <p>Regional bedeutende, interkommunale Wirtschaftsstandorte mit Lasten- und Nutzenaufteilung, verstärkt in Richtung Kooperation (auch landesgrenzenübergreifend)</p> <p>Auswahl hervorragend geeigneter Standorte, auch regional (national) grenzüberschreitend,</p> <p>Standortpolitik – Verbindung peripherer Regionen mit zentralen Standorte</p>	<p>L + Gemeinden, Gemeindeverbände, EU-Programme (Interreg);</p> <p>B + L + G (Finanzausgleich)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Standortqualität für Wirtschaftsbetriebe, indirekt für ArbeitnehmerInnen (Erreichbarkeit) und (Wohn-)Umfeld (Vermeidung von Belastungen, Nutzungskonflikten) – Regionaler Zusammenhang und regionale Organisationsstruktur als zentrales neues Element der Standortentwicklung – Entwicklungsmaßnahmen strategisch und mit konzentriertem Mitteleinsatz; Dynamik vorhandener Standorte nutzen und weiterentwickeln/ausbauen, – Schaffung von kritischen Massen durch Bündelung an geeigneten und gut ausgestatteten Standorten (dadurch z.B. beste Qualität bei Breitbandinfrastruktur und Verkehrserschließung)
<p>2. Anreize und Unterstützungsstrukturen für Gemeinden zur interkommunalen Zusammenarbeit (z. B. bei Wirtschaftsparks, interkommunalen Raumordnungsprogrammen)</p> <p>pro-aktive Flächensicherung und Vermarktung</p> <p>standortbezogene Wirtschaftsförderung</p> <p>Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für interkommunale Kooperation (Finanzausgleich)</p>	<p>L + EU-Programme (Interreg);</p> <p>B + L + G (Finanzausgleich)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Auswahl, Entwicklung, Förderung und Vermarktung von wirtschaftlichen Einzugszonen in Kooperation von Land (Landesagenturen) und Gemeinden/Gemeindeverbänden – Pilotprojekte – im größeren räumlichen Zusammenhang: „interregionale Zusammenarbeit“ statt „interkommunale Zusammenarbeit“ – sektor-übergreifende Abstimmung zur Standortentwicklung (Raumplanung – Wirtschaftsentwicklung – Verkehr – Infrastruktur), v.a. auf Landesebene
<p>3. Schwerpunkt Umnutzung, Neunutzung und Attraktivierung brachliegender oder schlecht genutzter Industrie-/Gewerbeflächen</p> <p>Bodenmobilisierendes Instrumentarium zur Unterstützung und Beschleunigung des Strukturwandels in bestehenden Industrie-/Gewerbe-/Logistik-Arealen</p> <p>Weiterentwicklung von bestehenden Widmungskategorien zur Schaffung einer modernen Nutzungsmischung von Produktion und Dienstleistungen</p> <p>Bestandspflege – Verbesserung des Umfeldes, der Erschließung und der Möglichkeiten zur betrieblichen Flächenoptimierung innerhalb bestehender Industrie-/Gewerbe-Areale</p>	<p>L + Gemeinden, Gemeindeverbände</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Zentrale Aufgabe von Standortagenturen, Förderungs- und Entwicklungsgesellschaften ist Bestandspflege: Weiterentwicklung des Unternehmensbestandes durch Verbesserung der Standortvoraussetzungen; Flächenpools zur Ermöglichung von Umsiedlungen im Nahbereich – Neuansiedlungen und Gründungen zur Bestandsverjüngung vorrangig in bestehenden I-/G-Arealen; Auffüllung von Lücken vor Besiedelung neuer Flächen – Bestandsentwicklung auch zur Schaffung moderner Nutzungsmischungen aus Produktion, Dienstleistungen und Versorgung/Infrastruktur (z.B. mit Lebensmittel und Verpflegungseinrichtungen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten etc.) für den ganztägigen Aufenthalt in den Arbeitsstandorten

Maßnahmengruppe 1: Integrierte Standortentwicklung	Träger	Aufgabe
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Wirtschaftlich genutzte Flächen, die in Hinblick auf den laufenden Strukturwandel zu modernen Anforderungen verbessert werden sollen (Industrie-/Gewerbeflächen, Brachen, Lücken im Bestand) oder Neu zu schaffende, international hochrangige Wirtschaftsstandorte in bester Lage und Ausstattung		Optimierung der Flächenausnutzung, sowohl bei bestehenden Arealen als auch bei neu zu schaffenden, hochrangigen Standorten Durch schrittweise Bestandsverbesserung und Re-Lokalisierung von Unternehmen entsteht längerfristig eine wettbewerbsfähigere Standortstruktur (in Hinblick auf Verkehrsanbindung, Erreichbarkeit für ArbeitnehmerInnen, Ausstattung mit Dienstleistungen und Telekommunikationsinfrastruktur)

Maßnahmen spezifisch für Stadtregionen	Träger	Aufgabe
1. Nutzen/Erträge gesamtregional fair verteilen; regionale Sensibilisierung und Information; Transparenz bei Entwicklungskonzepten und Änderungen von Flächenwidmungsplänen	L + Gemeinden, Gemeindeverbände	– Aufbau kontinuierlicher Dialog- und Monitoringprozesse zur Unterstützung der Aushandlung regionaler Entwicklungs- und Ausgleichsmaßnahmen im umfassenden Sinn (nicht nur Gewerbe und Handel betreffend)
2. Auf- und Ausbau funktionaler Stadtregionen zur Steuerung der Stadt-Umland-Entwicklung und Kooperation	L + Gemeinden, Gemeindeverbände	– aktive Erarbeitung von langfristigen gesamtregionalen Entwicklungsperspektiven; in grenznahen Stadtregionen auch grenzübergreifend, wenn funktionale Verflechtungen gegeben sind
3. Förderung von Mischfunktionen (Wohnen – Bildung – Einkaufen) in Stadtkernen (v.a. auch: Mittel- und Kleinstädte)	L + Gemeinden, Gemeindeverbände	– Ausgleich zur Entleerung der innerstädtischen Zentren in den letzten Jahrzehnten, Voraussetzung für attraktive ÖV-Erschließung von Handelszonen
4. Abstimmung von Handelsstrukturen (Flächen, Standorte) in den Stadtregionen, Länderübergreifende Harmonisierung der Einkaufszentren-Regelungen	L + Gemeinden, Gemeindeverbände	– Weitgehende Konsolidierung oder Bereinigung des Bestands an Einzelhandelszentren; bessere Anbindung an den ÖV
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Städte und Umlandregionen (Großstadtregionen und Regionen um Mittel- und Kleinstädte)		Verbesserung der Standortstruktur und Erreichbarkeiten innerhalb von funktionalen Stadtregionen, günstigere Voraussetzungen für Wirtschaftsunternehmen Verbesserung der ÖV-Erreichbarkeit für ArbeitnehmerInnen, bessere Ausstattung der Arbeitszentren (z.B. Nahversorgung) Entlastung der IV-Infrastruktur, Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastung

Maßnahmen spezifisch für periphere Regionen	Träger	Aufgabe
1. Vernetzung, Förderung und Intensivierung des Wissenstransfers mit Impuls- und Vernetzungseinrichtungen von außerhalb der Region		– Stärkung des Zugangs von dezentralen, kleinen Unternehmen zu Einrichtungen und Unternehmen in guter Lage und (Informations-) Vernetzung
2. Schaffung von kleinregionalen Schwerpunktstandorten mit Mindeststandards, -größen und -ausstattungen		– Verbesserung der ungünstigen Ausgangsstandortbedingungen in bestehenden Unternehmen, Schaffung von Entwicklungsoptionen für KMUs im Nahbereich
3. Sicherung der Basisdienstleistungen für Kleinbetriebe in ländlichen Regionen („Service-Infrastruktur“) Sicherung ÖPNV-Versorgung in dünn besiedelten Gebieten, z.B. durch Zusatznutzung für Tourismus und Freizeit		– Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes von Dienstleistungen und Infrastruktur für Betriebe im Nahbereich in jenen peripheren Regionen, die aufgrund von Kosteneinsparungsstrategien und/oder Bevölkerungsrückgängen von Ausdünnungen bedroht sind
4. Entwicklung von interkommunalen Tourismus- und Freizeitinfrastrukturen		– Effiziente Größenordnungen und Nutzungen von Infrastruktureinrichtungen in Gebieten mit geringer Bevölkerungs- oder Wirtschaftsdichte
5. Interkommunale Wohnanlagen zur Sicherung leistbaren Wohnraumangebots; Wohnbauförderung regional/standörtlich differenziert		– Schaffung von angepasstem, leistbarem (gefördertem) Wohnbau für unterschiedliche Alters- und Haushaltsgruppen in dünn besiedelten Räumen
Räumlicher Bezug		Angestrebte räumliche Wirkung
Periphere Regionen oder Regionen mit stark abnehmender Wirtschaftsbasis, niedriger Bevölkerungs- und Wirtschaftsdichte		Aufrechterhaltung der regionalen Versorgungs-, Dienstleistungs- und Wohnqualität bei abnehmender Bevölkerung und/oder Wirtschaftsbasis Anpassung an veränderten Wohn- und Servicebedarf bei sich ändernder Alters- und Familienstruktur in Gebieten mit kontinuierlich sinkender Bevölkerung (Abwanderung)